Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

167 (20.7.1932)

Visual Library

Volksfreund

EISERNE FRONT IST EINHEITSFRONT! FREIHEIT

TAGESZEITUNG DES WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 P anzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die zeile 60 Pfennig ○ Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei sachlich Zahlungsziels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt ○ und Gerichtsstand Karlsruhe i. B. ○ Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, zuzüglich 36 Pfg. Trägerlohn ○ Ohne Zustellung 1,90 Mark ○ Durch die Post 2,36 Mark ○ Einzelverkauf 10 Pfennig ○ Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr ○ Postscheckkonto 2650 Karlsruhe ○ Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 ○ Fernruf 7020/7021 ○ Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstr. 9; B.-Baden, Jagdhausstr. 12; Rastatt, Rosenstr. 2; Offenburg, Republikstr.

Nummer 167 — Karlsruhe, Mittwoch, den 20. Juli 1932 — 52. Jahrgang

Armes Deutschland: die Papenkreuzler!

Soll Preußen eine Hitlerkolonie werden? – Severing und Hirtsiefer beim Kanzler

Die Wirkungen der Aufhebung des Demonstrations- und Uniform-Verbotes:

99 Tote und 1125 Verletzte unter dem Papensystem

Der **Reichskanzler** hat die preußischen Minister **Hirtsiefer** und **Severing** zu Mittwoch vormittag 10 Uhr zu einer politischen Besprechung zu sich gebeten.

Auf allen Plakatsäulen, in ihrer Presse und in ihren Versammlungen bemühen sich die Papenkreuzler krampfhaft wie ertappte Verbrecher die Spuren zu verwischen, die zu den Hintertreppen der Baronsregierung führen, den arbeitenden und leidenden und von Hitler verratenen Massen sollen bis zum Wahltag die Augen verschmiert werden. Das Volk soll nicht wissen, daß Brüning nur gestürzt und Papen an seine Stelle gesetzt wurde, weil es die Braunen Häuser wollten. Die Wahrheit ist, daß es ohne Hitler keinen Papen gebe, ohne Hitler keine Notverordnung und damit auch keine Notverordnungsjacken.

Die zehnfach erwiesene Wahrheit ist, daß Papen regiert, aber Hitler im Hintergrunde sitzt. **Es ist ein Pakt auf Gegenseitigkeit, wobei einer dem anderen die Steigbügel hält.** Was die Kumpanei Hitlers fordert, wird im großen und ganzen von den Nazibaronen erfüllt. Unter Brüning kam kein Goebbels an das Mikrophon des Rundfunks. Unter Papen marschieren die Herrschaften der Reihe nach an und verzapfen ihre Phrasen von Hierl bis Hitler! Die Bayern weigerten sich, die Notverordnungsjacken und damit den Bürgerkrieg in ihr Land hereinzulassen. Tobendes Gebeul und Geschimpfe über die „Separatisten" und „Landesverräter" — bis der Wunsch der Braunen Häuser erfüllt und die Abmachung mit der Baronsregierung durchgesetzt war.

Blieb Preußen! Ohne Preußen kein Drittes Reich und kein Tag ist seit dem Regierungsantritt des Kabinetts Papen vergangen, an dem nicht an irgend einer Stelle der Hebel angesetzt wurde, um die stärkste Bastion des republikanischen Deutschland aus den Angeln zu heben. Die gesamte parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit der braunen Häuser galt diesem einzigen Zweck. Mit Begeisterung von der Partei des Herrn Hugenberg unterstützt, vollzieht sich seit Monaten ein Het- und Verleumdungsfeldzug gegen die jetzige preußische Regierung, und vor allem gegen die preußische Polizei. Kein Mittel war zu gering, das nicht den Zweck heiligen mußte. Selbst die Frau des Vizepräsidenten der Berliner Polizei wurde in diesen verlogensten und erbärmlichsten aller Kämpfe hineingezogen.

Was Preußen an positiver und aufbauenden Leistungen unter seiner demokratischen und republikanischen Regierung aufzuweisen hat, steht mustergültig vor aller Welt. Auch als die Notverordnungsjacken dank der Barone Papen-Gayl wieder auf den Straßen erscheinen durften, haben die preußische Staatsregierung und die preußische Polizei restlos ihre Pflicht getan, und sich dem Bürgerkrieg entgegengestellt, sehr zum Aerger und Mißvergnügen aller jener, denen das republikanische Preußen ein Dorn im Auge ist und die es hassen als Eckpfeiler, an dem bisher alle reaktionären, monarchistischen und volksfeindlichen Stürme abgeprallt sind.

Preußen ist von außen nicht zu Fall zu bringen, deshalb muß es von innen unterminiert werden. Die Prinzen und Barone, die Junker und Schwerindustriellen, und alle Feinde des „Wohlfahrtsstaates" brauchen Raum und Bewegungsfreiheit. Und wozu hätte man seinen Hitler und die SA., wozu für sie all die vielen Aufwendungen und Unkosten, wenn sie sich nicht auch noch durch Preußen verzinsen sollten?

Sprechen wir offen und deutlich: **Dieser wohlinszenierte Bürgerkrieg soll den Zweck haben, durch Zwang zu erreichen, was bisher durch alle Wahlen und alle Parlamenttheater nicht zu erreichen war. Die täglichen Akte des Terrors gegen die Arbeiterschaft, die Unsicherheit der Straßen und des öffentlichen Lebens sollen den Nachweis liefern, daß Preußen und seine Polizei ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. Für diese hinterhältigen und gemeinen Ziele werden die SA-Proleten ins Feuer gejagt, müssen täglich arme Menschen ihr Leben lassen, und wo kein Kommunist in den Arbeitervierteln auf die Provokationen hineinfällt, da werden SA-Leute in Zivil gesteckt, mit antifaschistischen Abzeichen und Revolvern versehen, damit diese 8-Groschen-Jungs und Provokateure die Polizei angreifen. War nicht auch der Blutsonntag von Altona eine einzige wohlangelegte Provokation zum Sturze der preußischen Regierung? In Altona konnte die Polizei den SA-Marsch durch die Proletarierviertel verbieten. Dann hätten die braunen Häuser toben können über Unterdrückung und zweierlei Maß. Die Polizei gestattete den Umzug, es floß Blut und wieder brüllte die ganze Meute auf der Rechten nach dem Reichskommissar für Preußen.** Wie auf Befehl erscholl der Ruf. Er wurde vorbereitet und unterstützt durch ein Schreiben des Nazipräsidenten des Preußischen Landtags an Herrn v. Papen, in dem ebenfalls ein Reichskommissar für Preußen gefordert wird, „weil sich Ueberfälle und Mord von Tag zu Tag in erschreckendem Maße häufen." Das ganze Spiel liegt klar zutage. **Erst forderte und erreichte man die völlige Demonstrationsfreiheit und der Notverordnungsjacken und als die Auswirkung dieser Politik zutage trat, wurde der Spieß umgedreht, werden die für die Bluttaten verantwortlich gemacht, die sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt haben.** Ja, die intellektuellen Urheber dieser Unruhen sollen schließlich noch die Richter über die spielen, die sie eindringlich, aber vergeblich, vor der Freigabe der Straße an die Notverordnungsjacken warnten.

Es gibt keinen juristischen und verfassungsmäßigen Paragraphen, der die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen rechtfertigen könnte. **Der einzige Grund, den die Reichsregierung ins Feld führen kann, ist der Wunsch und das heiße Bemühen der Braunen Häuser, und ihrer Auftraggeber: Preußen in eine Nazi-[illegible] zu verwandeln, Posten und Aemter freizumachen für die hungrige Nazimeute und deren Stellenjäger.** Sie hätten es in der Hand, mit dem Zentrum eine Koalition zu bilden und auf diesem verfassungsmäßigen Wege in Preußen zu regieren. Das aber ist es gerade, was Hitler und Konsorten nicht wollen. Sie wollen heute nicht einmal offen die Macht. Was sie wollen, ist Einfluß ohne Verantwortung. Nur keine offene Verantwortung, weil das Volk seine Betrüger sonst allzurasch erkennen würde.

Das Ziel der Nazis und ihr Zusammenspiel mit der Baronsregierung ist klar. Sind sich aber diese Papen, Gayl und Schleicher klar, wohin der Weg führen muß? Wir warnen sie dringend, einen Schritt zu tun, der ein Signal in vielfacher Hinsicht sein kann.

Die **Germania** sagt zu dem Plan der Einsetzung eines Reichskommissars unter dem Titel „Ein gefährlicher Weg" u. a. folgendes:

„Ein solches Eingreifen des Reichs in die preußischen Verhältnisse ist staatsrechtlich in keiner Weise begründet. Es wäre ein **Akt der Gewalt, der in seinen politischen Auswirkungen zu neuen schweren Konflikten und zu verhängnisvollen Ergebnissen führen müßte.** Die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars sind in keiner Weise gegeben, selbst dann nicht, wenn man ihr, wie wir erfahren, die an den Haaren herbeigezogene unwahre Begründung geben will, daß die preußische Regierung von den Kommunisten abhängig sei (!). Ebenso unrichtig wäre es, das Eingreifen des Reichs etwa auf die häufigen Zwischenfälle zu stützen, die sich in einzelnen Kreisstädten — übrigens blieben auch die anderen Länder nicht von ihnen verschont — in der letzten Zeit ereignet haben. **Diese Zwischenfälle hat nicht die preußische Regierung zu verantworten, die um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bemüht ist, sondern die Reichsregierung, deren verhängnisvoller Wunsch es ja doch war, daß den Kampfverbänden die Uniform und die Freiheit wiedergegeben wurde. . .** Wenn die Regierung diesen Schritt tut, dann ist er nichts anderes, als eine von den vielen parteipolitischen Konzessionen, die der neue Kurs seinen Freunden bereits gemacht hat und auch machen mußte. Diese Regierung, die das große Wort sprach, daß sie die Staatsführung von den parteipolitischen Fesseln befreien wolle — die übrigens andere bereits vor ihr abgestreift hatten — zeigt dann in diesem Falle, daß sie sich wie keine ihrer Vorgängerinnen parteipolitischen Diktaten unterwirft.

Wir warnen die Reichsregierung in letzter Stunde den Weg zu begehen, zu dem sie sich offenbar entschlossen hat. Sie hat sich in den wenigen Wochen, in denen sie uns ihre Regierungskunst vorgeführt hat, außen- und innerpolitisch durch ein ungewöhnliches Versagen bereits so kompromittiert, daß sie selbst am wenigsten Lust zu neuen Experimenten haben sollte. Sie wird die neue Verordnung, die sie für den rechtlich und politisch unmöglichen und folgenschweren Eingriff übernimmt, nicht tragen können."

Der Staatsrat fordert

Die Wirkungen des Systems der Papenkreuzler

Berlin, 19. Juli. (Eig. Draht.) Der preußische Staatsrat nahm am Dienstag mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie folgenden Antrag gegen den Bürgerkrieg an:

„Die täglichen blutigen Ausschreitungen, denen vielfach auch unschuldige Personen zum Opfer fallen, und die das Ansehen Deutschlands schädigen, werden von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes verabscheut. Ueber allen politischen Erwägungen steht die zwingende Notwendigkeit, die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, und Leben und Sicherheit der Bewohner zu schützen. Der Staatsrat ersucht die Staatsreigerung, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß geordnete Zustände sofort wieder hergestellt werden. Er ersucht sie ferner, in diesem Sinne mit allem Nachdruck auch auf die Reichsregierung einzuwirken.

Der Staatsrat hält es insbesondere für dringend notwendig, daß über die inzwischen verordnete Beschränkung der Demonstrationsfreiheit hinaus das Uniformverbot wieder eingeführt und gegen jeden ungesetzlichen Waffen- und Sprengstoffbesitz und -gebrauch mit unnachsichtlicher Strenge vorgegangen wird."

*

In der Debatte über die blutigen Zwischenfälle der letzten Zeit führte das sozialdemokratische Mitglied des Staatsrates Dr. Moorfeld u. a. aus: „Die Aufhebung des Uniformverbots hat die Mordhetze außerordentlich begünstigt. Denken Sie nur an die fünfzehn oder noch mehr Toten in Altona und dann messen Sie daran die Mitverantwortung einer Regierung, die aus der Aufhebung des Uniformverbotes ein politisches Geschäft gemacht hat. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten und den Kommunisten.) Bei der Rückkehr der SA-Leute aus Altona hat man ihnen ganze Wagenladungen von Revolvern abgenommen, und wenn Göhring die offizielle Bewaffnung der SA. ankündigte und drohte, er würde in drei Tagen die Straße frei machen, so ist das die ganz offene Ankündigung des Bürgerkriegs: 99 Tote sind seit der Aufhebung des Uniformverbots in Deutschland zu zählen und 1125 Verwundete. Können die Herren von der Reichsregierung, insbesondere der Herr Reichsinnenminister, angesichts dieser langen Reihe von Toten überhaupt noch ruhig schlafen? Politische und andere Organisationen fordern immer dringender die Wiederherstellung des Uniformverbots. Sozialdemokratie, Zentrumspartei große Frauenverbände, christliche Gewerkschaften, katholische

Die Einheit formiert!

WÄHLT: SOZIALDEMOKRATEN!

Arbeitervereine, alle haben ein schleuniges Verbot gefordert. Warum bleibt die Reichsregierung untätig? Liegt die Ursache nur in den bindenden Zusagen, die Schleicher von Hitler gemacht worden sind oder die Herrn Hitler selbst oder Göring und Röhm gemacht worden sind? Oder treibt die Reichsregierung bewußt noch auf etwas anderes hin, etwa auf die Einsetzung eines Reichskommissars oder auf den Belagerungszustand? Vor allem das demokratische Rheinland würde diese Methoden als ostelbischen Kommißstiefel nicht ertragen. Das neue Demonstrationsverbot wird die politischen Exzesse nicht unterbinden, solange die Uniformfreiheit weiterbesteht. Das Vertrauen des Auslandes sinkt auf den Nullpunkt, die wirtschaftliche Erholung wird immer fragwürdiger. Die Arbeitermassen werden zur Offensive übergehen und wenn nötig an den Schändern des deutschen Namens das Strafgericht vollziehen.

Im Urteil des Auslandes

Die Barone die Gefangenen der Nazis

Paris, 10. Juli (Eig. Draht). Ueber den **Bürgerkriegszustand** in Deutschland und das Verhalten der Reichsregierung schreibt der Temps:

„Man muß feststellen, daß sich das Kabinett v. Papen, v. Schleicher in einer sehr heiklen Lage befindet, um ohne Unterschied gegen alle Elemente, die die Ordnung stören, vorgehen zu können. Denn es sind **ernsthafte Gründe dafür vorhanden, daß das Kabinett ein Gefangener der Rechtsparteien** ist, die zum **großen Teil für die gegenwärtige Agitation verantwortlich** sind. Gerade weil sich die Regierung die Möglichkeit vorbehalten will, nach den Wahlen die Nazis für ihre Sache zu gewinnen, wenn sie die stärkste Fraktion im neuen Reichstag bilden, ist sie geneigt, sie während der Wahlkampagne zu schonen. **Das ganze Uebel kommt von dem Fehler her, der damit begangen worden ist, daß die Kampfformationen der Nazis wieder hergestellt wurden, und daß man ihnen erlaubt hat, wieder Uniformen zu tragen.** In einem Augenblick, in dem in einem großen Land eine politische Partei über eine wahre Privatarmee verfügt, um ihre Sache zu verteidigen, ist die Türe für den Bürgerkrieg geöffnet.

Eine rohe Tat

Wien, 19. Juli (Eig. Draht). Bei der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des **Finanzausschusses** des Nationalrats ereignete sich ein empörender Vorfall, der in der Geschichte des österreichischen Parlaments einzig dasteht. Der Heimatblockabgeordnete Hainzl, der dadurch berüchtigt ist, daß er einmal in offener **Parlamentssitzung** den **Revolver** zog und die Sozialdemokraten bedrohte, hat den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Bauer in offener Sitzung durch einen Steinwurf erheblich am Kopf verletzt.

In der Sitzung des Ausschusses wurde in Abwesenheit Dr. Bauers über die Person des steirischen Landeshauptmannes Rintelen gesprochen. Als Dr. Bauer den Saal betrat und eine Auseinandersetzung zwischen den Regierungsabgeordneten und den Sozialdemokraten sah, rief er seinen Freunden zu: „Laßt euch doch mit diesen Faschisten nicht ein". In diesem Augenblick sprang der faschistische Heimatblockabgeordnete Hainzl von seinem Sessel auf, packte einen Zündstein und schleuderte ihn mit voller Wucht aus einer Distanz von kaum 2 Meter gegen Dr. Bauers Kopf. Bauer erlitt eine starke blutende Rißwunde. Es entstand ein ungeheurer Tumult. Die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder stürzten sich auf Hainzl, der auf der Stelle gezüchtigt worden wäre, wenn ihn nicht die christlich-sozialen Abgeordneten geschützt hätten. Dr. Bauer wurde von seinen Freunden in das Verbandszimmer geführt und dort verbunden.

Gegen Hainzl wurde sofort Strafanzeige erstattet.

Achtung einschalten!

Rundfunkvortrag „Sind Stadt und Land aufeinander angewiesen?"

Der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes Georg Schmidt-Berlin, M.d.R., spricht über den Berliner Sender und die Deutsche Welle am Mittwoch, den 20. Juli, abends 7.35 Uhr über das Thema „Sind Stadt und Land aufeinander angewiesen?"

Der rasende Wahnsinn

Wittenberg, 19. Juli. (Eig. Draht.) Zwei Todesopfer hat eine am vergangenen Freitag im Anschluß an eine Demonstration infolge frecher Naziprovokation stattgefundene Schießerei gefordert. Außer einer Frau, die infolge der Aufregung vom Herzschlag betroffen, tot zusammenbrach, ist der Arbeiter Walter Nicolai an den Folgen eines Kopfschusses gestorben.

*

Gelsenkirchen, 19. Juli. In der Nacht zum Dienstag um 3 Uhr wurde in Buer der Kameradschaftsführer des Reichsbanners, Johann Splenghoff, 62 Jahre alt, von einem 35jährigen Nationalsozialisten Werner Günther, Adjutant des Ortsgruppenführers der Nationalsozialisten, erschossen.

Splenghoff hatte mit mehreren Kameraden den Schutz einer Klebekolonne der Eisernen Front übernommen. Unterwegs trafen sie den 35jährigen SA.-Mann Werner Günther, der Streit begann und nach einem Reichsbannermann schlug. Dann flüchtete er in eine benachbarte Torfahrt. Als die Reichsbannerleute ihm folgten, gab er einen Schuß ab, der Splenghoff in die Brust traf. Ein zweiter Schuß blieb im Lauf der Waffe stecken. Den Reichsbannerleuten gelang es, den Täter zu entwaffnen und ihn unschädlich zu machen. Er wurde mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus geschafft.

*

Stuttgart, 19. Juli. Der Bezirksvorsitzende der Tübinger Sozialdemokratie, Genosse Frank, wollte am Sonntag in den Ammertalgemeinden Altingen, Poltringen und Pfäffingen öffentliche Versammlungen halten und begab sich dorthin in Begleitung einiger jüngerer Parteimitglieder. **Sämtliche Versammlungen wurden von Nazis gesprengt**, die einen regelrechten Kundschafterdienst eingerichtet hatten und rasch einige Lastwagen mit SA.-Leuten, etwa 60 an der Zahl, heranholten. **Frank wurde verletzt, ebenso der Führer der Sozialistischen Arbeiterjugend Schultheiß.**

*

Hamburg, 19. Juli. Im Laufe des Dienstag wurden 87 Personen, die bei den Altonaer Unruhen am Sonntag vorläufig in Haft genommen wurden, dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Gegen die bisher vernommenen Personen — insgesamt sind 92 Personen festgenommen worden — hat die Staatsanwaltschaft Haftbefehl beantragt.

Inzwischen ist ein bei der Schießerei verletzter SA.-Mann ebenfalls seinen Verletzungen erlegen. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf 16. Drei der Verletzten befinden sich noch in Lebensgefahr.

*

Limburg, 19. Juli. Der Gewerkschaftssekretär Adolf Kunz in Burg wurde von den Nationalsozialisten schwer verletzt. Der Ueberfall stellt sich als ein planmäßiger Terrorakt nach italienisch-faschistischem Muster dar.

Aufgehetzt durch eine Brandrede des preußischen Landtagsabgeordneten Kerrl fuhren mehrere hundert Braunhemden auf Lastautos vor das Haus von Kunz. Ein Befehl: „Absteigen" erscholl. Sofort erfolgte der Angriff. Durch die Fenster, die mit großen mitgebrachten Quadersteinen beworfen wurden, drangen die Nazis ein. Die Türe wurde durch Fußtritte eingetreten, und dann auf Kunz, der sich mit seiner Gattin und einigen wenigen Sozialdemokraten zur Wehr setzte, eingeschlagen. Die Nazis schrien: „Jetzt haben wir den verfluchten Kunz!" „Jetzt ist er unser." Kunz erhielt mit einer rostigen Feile sechs Stiche in den Kopf. Darauf stürzten sich die Nazis auf Frau Kunz, mißhandelten sie und traten sie zu Boden. Die Wohnungseinrichtung wurde vollständig demoliert. Keine Scheibe, kein Stuhl, kein Vorhang, keine Lampe, nichts blieb ganz. Alles wurde von den Banditen ruiniert. Der Vorfall spielte sich sehr schnell ab. Nach getaner Arbeit saßen die Nazis auf und fuhren davon. Die Polizei konnte die Rädelsführer erfreulicherweise feststellen.

*

WTB. **Stettin**, 19. Juli. Laut Mitteilung des Polizeipräsidenten wurde in der Nacht zum Dienstag von einem nach Ueckermünde entsandten Kommando der Stettiner Schupo ein Lastkraftwagen und ein Personenwagen, die mit **22 SA-Leuten** aus Pasewalk besetzt waren, angehalten.

Bei der Durchsuchung der Nationalsozialisten und der Kraftwagen sowie des Geländes neben der Landstraße wurden **neun Pistolen** und **Revolver, drei Stahlrutenschläger, sechs Messer und Dolche**, mehrere **Gummiknüppel, Ochsenziemer, Schlagringe** sowie über **100 Schuß Munition** und sonstige Hieb- und Schlagwerkzeuge gefunden.

Nach Angabe des Führers haben die Nationalsozialisten im ganzen 13 Pistolen mitgeführt. Die SA-Leute wurden festgenommen und nach dem Polizeipräsidium Stettin gebracht.

*

WTB. **Altona**, 19. Juli. Nach Mitteilung der Justizbehörde ist gegen die bisher Vernommenen unter den 91 nach den Zusammenstößen am Sonntag verhafteten Personen **Haftbefehl** erlassen worden. Wie verlautet, dürfte das Schnellgericht, das wahrscheinlich bereits in den nächsten Tagen zusammentritt, im Hause des Polizeipräsidiums tagen.

*

WTB. **Frankfurt a. M.**, 19. Juli. **In der vergangenen Nacht kam es auf der Offenbacher Landstraße im Verfolg eines Streits zwischen einem Nationalsozialisten und einem Kommunisten zu einer schweren Bluttat. Der Nationalsozialist versetzte seinem Gegner drei schwere Messerstiche, die diesen lebensgefährlich verletzten. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen, während der Verletzte dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.**

*

WTB. **Memmingen**, 19. Juli. In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei kam es heute zu schweren Ausschreitungen. Schon die Ausführungen des ersten Redners, Dr. Rauch, wurden wiederholt durch nationalsozialistische Zwischenrufe gestört. Als der zweite Redner, Dr. Rothaermel, seine Ausführungen begann, wurde er von den Nationalsozialisten, die ziemlich zahlreich anwesend waren, dauernd unterbrochen. Die Nationalsozialisten drangen schließlich mit erhobenen Stühlen und Biergläsern gegen die Rednertribüne vor. Saalschutz und Polizei versuchten vergeblich, die Ruhe herzustellen. Es kam zu einer regelrechten Saalschlacht.

*

ENB. **Köln**, 19. Juli. (Eig. Meldung.) In Wesseling kam es gestern abend zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer schweren Schlägerei. Kurze Zeit nach dem Zusammenstoß erschien ein mit Nationalsozialisten besetztes Auto, aus dem mehrere Schüsse abgefeuert wurden. Dabei erhielt ein Arbeiter einen Herzschuß, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Ein zweiter Arbeiter mußte mit einem Kopfschuß in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Blutschuld der KPD

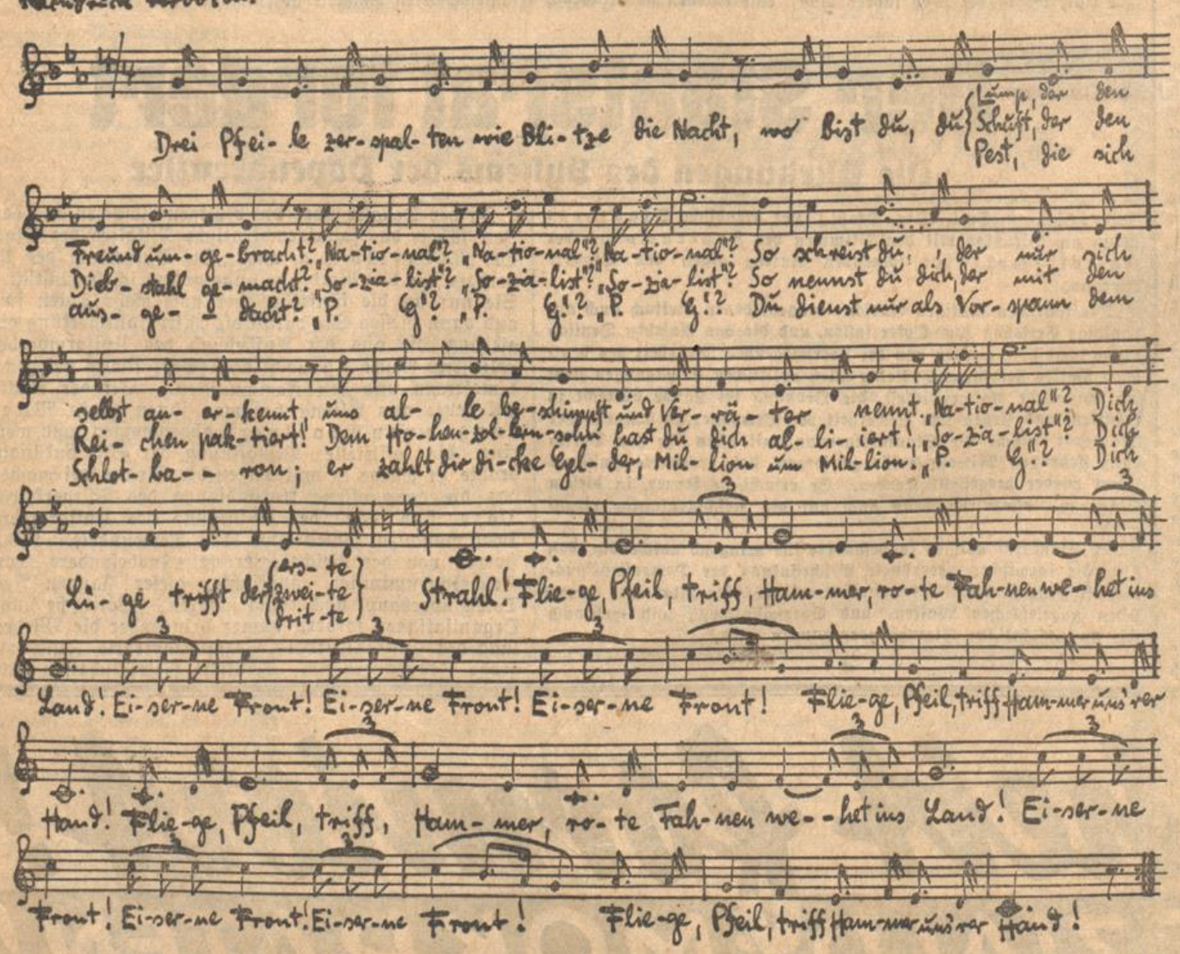
Hanau, 19. Juli. (Eig. Draht.) Die fünf Todesopfer der kommunistischen Unruhen in dem kleinen Arbeiterstädtchen Langenselbold werden von der kommunistischen Presse zu einer neuen Hetze gegen die Sozialdemokratie benutzt. Vor allem wird der sozialdemokratische Landrat von Hanau vollkommen zu Unrecht mit den Vorgängen in Langenselbold in Verbindung gebracht. Der Polizeihauptmann, der als „Hauptschuldiger" des Blutvergießens in der Erwerbslosenversammlung von den Kommunisten angegriffen wird, ist Kommunalbeamter der kommunistischen Gemeinde Langenselbold. Oberster Polizeiherr ist der augenblicklich beurlaubte Bürgermeister, dessen Stellvertreter der kommunistische Beigeordnete Dreßler ist. Ueberdies sind die Zusammenstöße mit der Polizei von den Kommunisten provoziert worden. Die Polizeibeamten haben erst geschossen, nachdem sie selbst schwer verwundet waren und in höchster Lebensgefahr schwebten.

Großer Kaffeeschmuggel in Hamburg aufgedeckt

WTB. **Hamburg**, 19. Juli. Die Zollfahndungsstelle hat einen großangelegten Zollschmuggel in Kaffee aufgedeckt. Seit Oktober 1931 sind in einem Lastkraftwagen, einem Möbelwagen und einem Motorkahn, die mit geheimen Fächern versehen waren, etwa 85 [illegible] Kilo Kaffee geschmuggelt worden. Acht Personen wurden verhaftet.

Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck verboten!

Marsch der Eisernen Front.



Marsch der Eisernen Front.

Drei Pfeile zerspalten wie Blitze die Nacht,
Wo bist du, du Lump, der den Freund umgebracht?
National? National? National?
So schreist du, der nur sich selbst anerkennt
Uns alle beschimpft und Verräter nennt!
National?
Dich, Lüge, trifft der erste Strahl:

Fliege, Pfeil, triff', Hammer,
Rote Fahnen, wehet ins Land!
Eiserne Front! Eiserne Front! Eiserne Front!
Fliege, Pfeil, triff', Hammer uns'rer Hand!

Drei Pfeile zerspalten wie Blitze die Nacht,
Wo bist du, du Schuft, der den Diebstahl gemacht?
Sozialist? Sozialist? Sozialist?
So nennst du dich, der mit den Reichen paktiert!
Dem Hohenzollernsohn hast du dich alliiert!
Sozialist?
Dich, Lüge, trifft der zweite Strahl:

Fliege, Pfeil, triff', Hammer,
Rote Fahnen, wehet ins Land!
Eiserne Front! Eiserne Front! Eiserne Front!
Fliege, Pfeil, triff', Hammer uns'rer Hand!

Drei Pfeile zerspalten wie Blitze die Nacht,
Wo bist du, du Pest, die sich ausgedacht
Pg.? Pg.? Pg.?
Du dienst nur als Vorspann dem Schlotbaron,
Er zahlt dir dicke Gelder, Million um Million!
Pg.?
Dich, Lüge, trifft der dritte Strahl:

Fliege, Pfeil, triff', Hammer,
Rote Fahnen, wehet ins Land!
Eiserne Front! Eiserne Front! Eiserne Front!
Fliege, Pfeil, triff', Hammer uns'rer Hand!

Vom Marsch der Eisernen Front sind erschienen: Flugblatt im Preis von 5 Pfg., Orchestermaterial, Stimmen für Männer- und Gemischten Chor, die „Freiheitsplatte", enthaltend: Marsch der Eisernen Front, Rotgardistenmarsch, Internationale für Gesang und Orchester im Preis von 1,50 Mark. Auslieferung durch den Deutschen Arbeitersängerbund, Berlin S 14, Wallstr. 58. — Der Reinerlös fließt den Opfern des Abwehrkampfes gegen die NSDAP. zu. Spenden für diesen Fonds an die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Wallstr. — Bis zum 31. Juli muß der Marsch der Eisernen Front überall in Deutschland verbreitet sein! Singt, spielt ihn überall! Freiheit!

Was die Papenkreuzlerregierung verkündet

Die Regierung der Papenkreuzler, also die Regierung der von den Nazis abhängigen Barone, läßt durch ein Nachrichtenbüro zu dem Demonstrationsverbot noch das folgende erklären:

„Es ist aber verständlich und von der Reichsregierung auch bereits angekündigt worden, daß das **Demonstrationsverbot nur ein erster Schritt** ist. Die **Länderregierungen** sind ersucht worden, die aus dem Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen sich ergebende Entlastung der Polizei dazu auszunutzen, um die **Schlupfwinkel und Waffenlager der Kommunisten,** deren Vorhandensein durch die Altonaer Vorgänge erwiesen ist, nachdrücklichst auszuheben und damit die Grundlage für eine künftige ruhigere Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen zu schaffen. Die Reichsregierung wird dem Herrn Reichspräsidenten nötigenfalls weitere **Maßnahmen gegen diejenigen** vorschlagen, die künftig den politischen Kampf mit der **Waffe in der Hand** oder gar unter **verbrecherischer Verwendung von Sprengstoff** führen sollten. Das deutsche Volk kann darauf vertrauen, daß die Reichsregierung durchgreifen wird."

Die Länder werden also aufgefordert, nach den Waffen und Flinten der Kommunisten jetzt zu fahnden. Es ist ja leider traurige Tatsache, daß die Kommunisten in der letzten Zeit da und dort Aktionen eingeleitet und durchgeführt haben, die zu schweren Zusammenstößen und Blutvergießen führen mußten. Es ist auch nicht zu leugnen, daß an der Blutschuld, die in den letzten Wochen in Deutschland ziemlich schaudernd groß angewachsen ist, die Kommunisten in hohem Maße beteiligt sind. Es ist aber einfach unerhört, und wird täglich durch die Tatsachen aufs schlagendste widerlegt, daß eben nur die Kommunisten an den blutigen Ereignissen die Schuld tragen. In weit höherem Maße sind die blutigen Vorgänge durch die systematischen und absichtlichen Provokationen der Hakenkreuzler herbeigeführt worden. Wo diese Naziburschen von der Polizei gefaßt und untersucht wurden, stellte es sich überall heraus, daß sie verbotenerweise Waffen trugen. Die Regierung der Barone bringt es aber fertig, das mit Stillschweigen zu übergehen und lediglich gegen die Kommunisten scharf zu machen. Demnach müssen die Barone der Papenkreuzlerregierung sich in einer außerordentlich großen Abhängigkeit von den Nazis befinden, wodurch aller Welt klar zum Bewußtsein gebracht wird, welch ein geradezu unheilvolles Gremium von Männern als sogenanntes Kabinett der nationalen Konzentration heute in Deutschland politisch mißwirtschaftet.

Die Nazi-Lahusen

Hitlers „Leibanwalt" Frank II verteidigt Deutschlands größte Wirtschaftsbetrüger

Berlin, 20. Juli. (SP.) Die Brüder Lahusen von der Nordwolle hatten sich die beiden Nationalsozialisten Frank II und Luetgebrune verschrieben. Dadurch würde die Verteidigungsbank ein sehr seltsames Gesicht gezeigt haben: Neben Hitlers Leibanwalt: Alsberg! Daraus hat Professor Max Alsberg die Folgerungen gezogen und die Verteidigung niedergelegt. In einem sehr umfangreichen Absagebrief hat Professor Alsberg seine Haltung sehr eingehend begründet und darauf hingewiesen, daß durch den Eintritt Frank II in die Reihen der Verteidiger

vor der Oeffentlichkeit gerade das bewiesen würde, was die Lahusen bisher stets bestritten hätten, nämlich ihren engen Zusammenhang mit den Nationalsozialisten und mit Hitler.

Er müsse es deshalb ablehnen, in diesem Prozeß aufzutreten, wenn die Verteidigung so vollkommen ins politische Fahrwasser geraten sei. Die Lahusen, die von diesem Protest des ersten deutschen Strafverteidigers außerordentlich betroffen waren, haben Professor Alsberg daraufhin sofort in einem sehr langen Telegramm gebeten, ihre Verteidigung doch weiterzuführen. Professor Alsberg ist jedoch vorläufig bei seiner Weigerung geblieben, so daß nunmehr der Antikapitalist und „Arbeiterführer" Frank II als Hauptverteidiger in der größten Skandalaffäre betrügerischer Wirtschaftsführer auftreten wird.

*

Dieser Vorgang bildet ein würdiges Gegenstück zu den **Nazi-Schiebungs-Plakaten.** In Wort und Schrift hetzen die Nationalsozialisten gegen die **Barmat und Sklareks,** die zweifellos keine Leuchten am Horizont waren, dabei jedoch **Waisenkinder** gegen die **nationalsozialistisch gefärbten Brüder Lahusen** waren, die mit ihrer 200 **Millionenpleite** im vorigen Jahr den Anstoß zum großen **Bankkrach** gaben. Drastischer kann der Schwindel der Nationalsozialisten nicht enthüllt werden, daß das Bureau von **Hitlers „Leibanwalt" Frank** II jetzt die Verteidig dieser größten Wirtschaftsbetrüger Deutschlands übernimmt.

Tagesschau

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung bezüglich Reiseabkommen und Waren- und Devisenverkehr der Importeure sind nunmehr zu einem vorläufigen Abschluß gekommen.

*

Brüssel, 19. Juli. Im Verlaufe der Senatsdebatte über die zusätzlichen Kredite erklärte der belgische Ministerpräsident Renkin, die Regierung werde keine Inflation zulassen.

*

Nach einer Statistik über die **Steuereingänge in Frankreich** belaufen sich diese in den drei ersten Monaten des laufenden Etatsjahres auf 8569 Millionen Francs. Sie bleiben damit um 679 Millionen hinter dem Voranschlag und um 590 Millionen hinter den Eingängen der ersten drei Monate des vergangenen Jahres zurück.

Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister

WTB. **München,** 19. Juli. Unter Vorsitz des Reichsernährungsministers Frhr. v. Braun begann heute hier die Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister, auf der brennende Tagesfragen der Landwirtschaft behandelt werden sollen und zwar vor allem die Fragen der Erntebergung und Erntefinanzierung, die Kreditfragen, der Förderung des Absatzes und des Schutzes der Erzeugnisse der Milch- und Molkereiwirtschaft, des Obst- und Gartenbaues und der Viehzucht.

Freistaat Baden

22 Kreiswahlvorschläge

Bei der im Ministerium des Innern vorgenommenen Prüfung der Kreiswahlvorschläge, zu der auch die Sozialdemokratie einen Vertreter entsandt hatte, erfuhr man, daß die Tätigkeit der Splitterparteien leider eine Zunahme erfahren hat. Im Jahre 1930 waren diese Parteien etwas zurückgedämmt, bei der jetzigen Wahl treten sie wieder stärker in Aktion; vor zwei Jahren waren nur 15 Kreiswahlvorschläge eingereicht worden, im Jahre 1932 sind es aber 22! Das Splitterunwesen unter den Parteien in Reinkultur! Sogar die **Nationalsozialisten** müssen bereits mit einer Absplitterung rechnen. Lag doch ein Kreiswahlvorschlag der nationalsozialistischen Kleinrentner, Inflationsgeschädigten und Vorkriegsgeldbesitzer vor, die allerdings ihre Reststimmen der Reichsliste der Nationalsozialisten zuleiten wollen. Es wirkte in der Sitzung grotesk, daß der offizielle Vertreter der Nationalisten gegen die Zulassung der Liste Einspruch erhob, dem aber seitens der anderen Parteien nicht stattgegeben wurde. Im übrigen werden die eigentlichen Kriegsbeschädigten auf diesen nationalsozialistischen Trick nicht hereinfallen, denn gerade die Papen-Notverordnung bringt für die Kriegsgeschädigten starke finanzielle Nachteile.

Die sogen. **Vitus-Heller-Partei,** eine Absplitterung radikaler Zentrumsleute, christlich-radikale Volksfront genannt, hat sich jetzt mit den **Kommunisten** verbunden. Das sichert ihr gewiß keine größere Zugkraft. Auch der Kreiswahlvorschlag der Kleinrentner und **Inflationsgeschädigten,** der nur Namen aus Berlin aufweist, dürfte nicht viel Stimmen auf sich vereinigen. Dies trifft ebenfalls zu auf die sogenannte **Volksrechtspartei,** deren Programm die Aufwertung ist.

Die FFF.-Leute **(Freigeld, Freiwirtschaft usw.)** sind kurzsichtig, wie bei allen Wahlen und treten auch diesmal mit eigener Liste hervor. — Wozu brauchen wir weiter in Baden eine besondere **Polenliste?** Nur damit die so schädliche Zersplitterung noch ausgedehnter wird.

Ein seltsames Signum ist der Liste für Gerechtigkeitsbewegung, Parteienverbot und gegen Lohn- und Gehaltskürzung vorangefolgt, nämlich IBD. (Idealistenbund Deutschlands). Die Träger der Liste sind außerbadische Staatsangehörige.— Was soll weiter mit einer Liste Reform-Partei angefangen werden? Sie und die Liste der Schicksalsgemeinschaft der Erwerbslosen, die natürlich auch der Zersplitterung der Stimmen der Erwerbslosen Vorschub geleistet hätte, verfielen der Ablehnung. Bei der Erwerbslosenliste, auf welcher die Namen Kaufmann Hermann Gressel aus Karlsruhe und Erdarbeiter Karl Senn aus Neustadt im Schw. stehen, fehlte es an der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl der Unterschriften für die Berechtigung zur Einreichung.

Die SAP.-Leute marschieren natürlich auch in Baden auf; auf ihrer Liste befindet sich als zweiter Bewerber (der erste ist Sendewitz), der ehemalige kommunistische Landtagsabg. Jakob Ritter. Er war im Landtag Vertreter der kommunistischen Opposition und ist dieserhalb auch aus der Moskau-Partei geflogen. Jetzt hat er sich zu den Sendewitzern geschlagen und ist nach — rechts gerückt! Kommunistische Wandlungsfähigkeit!

Auf der kommunistischen Liste steht als unbekannter Name der des Franz Doll aus Heidelberg; seine Befähigung zum Reichstagsabgeordneten hat er in der Samstagnummer der Arbeiter-Zeitung dadurch bekundet, daß er die üblichen Angriffe auf die Sozialdemokratie vornahm. Der ehemalige Pfarrer Eckert ist auf das tote Geleis geschoben worden; er erscheint zwar auf der kommunistischen Liste und firmiert „Erwin Eckert, Redakteur in Berlin", aber erst an 4. Stelle. Die Kommunisten haben bei der Reichspräsidentschaftswahl zwar 148 000 Stimmen erhalten; zu einem 4. Abgeordneten langt es ihnen unter keinen Umständen, da hierzu 240 000 Stimmen notwendig wären, den Kommunisten aber beim 2. Wahlgang am 10. April 41 300 Anhänger davongelaufen sind. Eckert wird also die Kommunisten Badens nicht im Reichstag vertreten.

Die **nationalsozialistische** Liste wird diesmal geführt von dem Landtagsabgeordneten Wagner, dem bekannten Organisationsleiter. Das Ziel seines politischen Ehrgeizes ist damit erreicht. In den Reichstag wird auch einziehen der militärische „Fach"berater der NS., der einstige Leutnant Ludin, der in Freiburg wohnt.

So bieten die Kreiswahlvorschläge gewisse Einblicke in die politische Struktur Badens; sorgen wir dafür, daß die Liste 1, welche die der Sozialdemokratischen Partei ist, mit erheblicher Stärke aus dem Wahlkampf hervorgeht. Auf diese Liste waren bei der Reichtagswahl 210 549 Stimmen entfallen, gegenüber der Reichstagswahl von 1928 ein Mehr von rund 6000 Stimmen.

Aufhebung von badischen Finanzämtern

Auf eine Kurze Anfrage des Zentrums-Abgeordneten Graf-Achern hat der Finanzminister Dr. Mattes nunmehr folgende Antwort erteilt: „Wegen der angeblich in Aussicht genommenen Aufhebung von Finanzämtern bin ich durch Vermittlung des Badischen Bevollmächtigten zum Reichsrat bei dem Herrn Reichsfinanzminister vorstellig geworden. Dieser hat dem Bevollmächtigten erklärt, daß im Rahmen der noch in diesem Jahre zur Durchführung kommenden Verwaltungsreform innerhalb der Reichsfinanzverwaltung selbstverständlich auch an der Aufhebung von badischen Finanzämtern nicht vorüber gegangen werden könne, insbesondere, nachdem man in den letzten zwei Jahren Baden gegenüber Bayern und Württemberg in dieser Hinsicht sehr schonend behandelt habe. **Welche Finanzämter** in Baden aufgehoben werden sollen, steht **noch nicht fest.** Jedenfalls sollen aber nach der Zusage des Herrn Reichsfinanzministers keine endgültigen Beschlüsse gefaßt werden, ohne vorher der badischen Regierung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben."

Die Frage der „Donauversickerung"

Nach einem eingehenden Studium der ganzen Sachlage und Verhältnisse durch den vom **Staatsgerichtshof** ernannten Sachverständigen hat dieser ein sehr umfangreiches **Gutachten** zu Gerichtshänden gegeben. Es ist den beiden Staaten Württemberg und **Baden** schon vor einiger Zeit zugestellt worden. Wie vorauszusehen war, sind beide Parteien mit dem Gutachten im ganzen nicht einverstanden. Beide Parteien haben ihren Einspruch in eingehenden Schriftsätzen begründet zum Ausdruck gebracht. Auf Grund dieser soll nun auf gestellten Antrag der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches „Recht sprechen" und das „Urteil" erlassen. Eine rein **juristische Entscheidung** kann unmöglich das gewünschte Resultat ergeben, nur die technisch praktische Lösung kann auf Grund freundnachbarlicher Verständigung für beide Teile die volle Befriedigung erbringen.

Gefährliche Rundfunkpläne

Hörer, wach auf, Barone über dem Rundfunk

Bisher hat die Deutsche Reichspost den Grundsatz vertreten, daß ihr das Recht auf den Rundfunk zustehe. Die gesetzgebende Körperschaft hat diese Auffassung nicht geteilt, sie hat sie aber stillschweigend hingenommen. Die Post wiederum hat von dieser Plattform aus in Deutschland neun Hauptsender errichtet, deren jeder eine Sendegesellschaft birgt. Dieser Gesellschaft wurde von der Post eine jederzeit aus wichtigen Gründen zu widerrufende Konzession verliehen. Auf Grund dieser Konzession haben sich die Gesellschaften unter starker Beteiligung von Verbänden und Behörden gebildet. Den Sendegesellschaften wurde zwecks Durchführung ihrer Programme ein Teil der von der Post eingezogenen Hörergebühren überwiesen. Der so überwiesene Prozentsatz ist aber im Laufe der Jahre immer kleiner geworden. Von dem verbleibenden Teil hat die Post die technischen Kosten der Sender bestritten. Was dabei übrig geblieben ist, ergibt sich aus dem Reichsetat. Die Sendegesellschaften wieder haben sich, den Notwendigkeiten der Zeit folgend, zu den „Ausgleichsgesellschaften" der „Reichsrundfunkgesellschaft" zusammengeschlossen. Diesem Reichszusammenschluß fiel es anheim, den Programmbetrieb einheitlicher zu gestalten und den nicht rentierenden Sendegesellschaften mit den Ueberschüssen der gut rentierenden auszuhelfen. Ein Reichsrundfunkkommissar überwachte in der vom Gesetz vorgesehenen Art das Ganze und war zu gleicher Zeit der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Reichsrundfunkgesellschaft. Jede Sendegesellschaft hatte für ihren Bezirk einen politischen Ueberwachungsausschuß zu bilden, dem neben einem Vertreter des Reichsinnenministeriums Beauftragte der Länderregierungen angehörten, an denen der Sendebezirk seinen Sitz hatte. Weiterhin sind den Sendegesellschaften Kulturbeiräte angegliedert, die hinsichtlich der allgemeinen Programmgestaltung beratende Stimme hatten und von den Ländern ernannt wurden. Dem gewaltigen Umfang des Rundfunkwesens entsprechend hat dieser Apparat bisher zwar nicht mit großer Elastizität fungiert, er war aber so, daß man mit ihm zu arbeiten vermochte und daß er nach jeder Richtung ausgebaut werden konnte.

Bisher wurde es streng vermieden, den deutschen Rundfunk politisch mißbrauchen zu lassen. Ja, man ist sogar so weit gegangen, alles, was nur einigermaßen politisch roch, vom Rundfunk fernzuhalten. Vielleicht war es gerade dieses Extrem, dessen man sich befleißigte, das jetzt den Pendel nach der anderen Seite ausschlagen ließ.

Die Regierung des Herrn von Papen möchte nunmehr aus dem Rundfunk ihren, ausgerechnet nur ihren Apparat machen, nachdem es gerade die politische Richtung gewesen ist, der Herr von Papen angehört, die sich gegen jedes politische Fünkchen im Rundfunk bislang schärfstens gewehrt hat.

Gelinde gesagt: Die Sache droht zum Unfug zu werden.

Wir Hörer, die in Deutschland doch recht hohe Rundfunkgebühren bezahlen, sollen mit diesen Geldern die extremen Rechtsparteien indirekt subventionieren.

Denn darüber sind wir uns doch alle im klaren, daß es den jetzigen Herren nicht etwa darauf ankommt, den Rundfunk paritätisch zu gestalten, sondern daß es ihnen darum zu tun ist, aus dem Rundfunk ein Instrument der nur ihnen passenden politischen Anschauung zu machen. Denn auf etwas anderes will man doch wirklich nicht hinaus. Die Sendegesellschaften sollen in ihrer bisherigen Form erdrosselt und durch eine aus nur wenigen Leuten bestehende Organisation ersetzt werden. Man möchte

einen Rundfunkdiktator, dem einige gefügige Leute beigesellt

werden sollen, die das tun, was die Mitglieder des Herrenklubs wollen. Solange es den interessierten Leuten in den Kram paßte, hat man sich mit aller Entschiedenheit dagegen gewehrt, daß die Rundfunkgesellschaften kleinere Aktienteile erhalten, als der Staat, weil in jenen Kreisen der Drang zu großen Einnahmen überwog. Jetzt, wo man glaubt, mächtig genug zu sein, dreht man das Heft um und versucht, die Anteile des Reiches so zu gestalten, daß die anderen, also

die Länder und die privaten Geldgeber, nichts mehr zu sagen haben.

So ungefähr denkt man es sich. Den Ländern, die bisher immer noch mitbestimmt haben, soll noch ein geradezu lächerlicher Einfluß verbleiben. Aber nicht zufrieden damit, daß man sich einen politischen Rundfunkdiktator gestatten möchte, will man auch den kulturellen Teil des Rundfunks künftighin diktatorisch beeinflussen. Was dem Herrenklub kulturell in den Kram paßt, dürfte kommen. Alles übrige soll beiseite gehalten werden. So wie hier im großen, will man es im kleinen bei den Rundfunkgesellschaften halten. Und was das Allerschönste bei der Sache ist: Es geht in Berlin die Rede, daß alle diese Dinge nicht etwa durch eine ordentliche Gesetzesänderung vorgenommen werden sollen, sondern daß man sie durch Verordnung verfügen und sogar den Reichsrat vor vollendete Tatsachen stellen möchte.

Deswegen müssen die Länder und deswegen muß jeder einzelne Rundfunkhörer in der allerentschiedensten Weise Front machen gegen die Pläne des Reichsministers des Innern, die vermutlich auch die Pläne der Gesamtregierung von Papen sind.

Wenn bisher der deutsche Rundfunk immerhin Ansätze einer Kulturentwicklung gezeigt hat und zum Teil sogar einen eigenen Rundfunkstil erwarb, so werden dann, wenn die Pläne der Papenregierung Tatsachen werden sollten, auch diese wenigen Ansätze noch verschwinden und der deutsche Rundfunk würde ein jämmerliches, auch kulturell höchst anfechtbare Gebilde in der Hand weniger Leute.

Das wollen wir mit allen Mitteln verhüten und deswegen, deutsche Rundfunkhörer, aufgewacht und mit dem Stimmzettel in der Hand den Herren das Handwerk gelegt! Vorher aber schon wehrt euch, wo ihr auch und wie ihr euch wehren könnt, gegen diese üblen Pläne!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Vier Fragen.

An das Zentralkomitee der KPD.

Wir lesen im Vorwärts:

Die Frage der proletarischen Einheitsfront wird in allen Arbeiterkreisen lebhaft diskutiert. Dabei erheben die Kommunisten gegen die Sozialdemokratie die Beschuldigung, daß sie die Herstellung der Einheitsfront hintertreibe. Besonders wird der sozialdemokratische Parteivorstand angegriffen, weil er Verhandlungen örtlicher Organisationen über die Einheitsfront für unzulässig erklärt hat.

Wir haben in diesem Zusammenhang an das ZK. der KPD. einige Fragen zu richten:

1. Ist es wahr, daß auch das ZK. der KPD. Verhandlungen örtlicher Organisationen der KPD. mit den entsprechenden sozialdemokratischen Organisationen verboten hat?

2. Ist es wahr, daß sich das ZK. der KPD. gegen die Veranstaltung gemeinsamer Demonstrationen erklärt hat?

3. Ist es wahr, daß das ZK. der KPD. die kommunistischen Betriebsräte eines großen Unternehmens gerüffelt hat, weil sie einen Aufruf unterschrieben, der sich nur gegen Papen und die Nazis wendet, aber nicht gegen die Sozialdemokratie?

4. Ist es wahr, daß das ZK. der KPD. trotz allen verlogenen Einheitsfrontgeschreis daran festhält, daß der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu richten sei?

Wir erwarten, daß das ZK. der KPD. auf diese vier öffentlichen Fragen, die zugleich vier schwere Anklagen sind, schnellstens öffentlich antwortet! Es liegt in seinem eigenen Interesse, das so rasch wie möglich zu tun und nicht zu warten, bis es von seinen eigenen Anhängern dazu gezwungen wird. Auch dem ZK. der KPD. wird nicht mehr unbekannt sein, daß in weiten Kreisen der Partei über Zweideutigkeit und Wankelmütigkeit der Führung in der Frage der Einheitsfront große Erbitterung herrscht. Wir nehmen an, daß diese Dinge am besten in aller Oeffentlichkeit ausgeräumt werden und daß beim ZK. der KPD. keine Neigung besteht, sich in eine Dunkelkammer zu verkriechen.

Darum unsere vier öffentlichen Fragen, auf die wir eine öffentliche Antwort erwarten. Die kommunistischen Arbeiter warten auch — aber, wie wir bestimmt wissen, nicht mehr lange!

Ein Musterheld der Nazi

Halberstadt, 16. Juli. Im Illustrierten Beobachter vom 16. Juli befindet sich das Bild eines verbundenen Menschen in Hitleruniform. Der ganze Oberkopf einschließlich des rechten Auges ist verbunden. Unterschrift: **„Zwei Blutzeugen der Idee“.** Es soll also der Anschein erweckt werden, als handele es sich hier um ein Opfer des roten Terrors, um einen Verwundeten im Dienste der Hitler-Idee. Tatsächlich ist der Mann bei dem Nazitreffen in Dessau auch als Held gefeiert worden.

Dieser Mann ist ein gewisser **Else** aus **Wegeleben** bei Halberstadt, der wegen übergroßen Fleißes als Landarbeiter von seinem Arbeitgeber entlassen wurde. **Seine Verwundungen** aber hat er nicht im Kampfe mit der Eisernen Front erhalten, sondern er wurde **von den Frauen des sogenannten Siechenhofes in Wegeleben, weil er sie mit ordinären Redensarten belästigte, mit Recht verdroschen.** So sehe die rauhen Kämpfer Hitlers aus.

Gemeindepolitik

Teil-Moratorium der Stadt Heidelberg

Die Stadt Heidelberg, die einen Schuldenbestand von 45 Millionen Mark zu verzinsen und zu amortisieren hat, sah sich zum 1. Juli zum ersten Male genötigt, den Gläubigern mitzuteilen, daß sie zu weiterer pünktlicher **Erfüllung des Schuldendienstes gegenwärtig nicht in der Lage sei und um Ausstand für unbestimmte Zeit** nachsuchen müsse. Heidelberg befindet sich zur Zeit an der Spitze aller badischen Städte in der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen. Sie beträgt in Heidelberg 56,2, in Mannheim 50,4, in Pforzheim 47,3, Karlsruhe 38,5 und Freiburg 28 auf das Tausend der Einwohner.

Der neue Haushaltsetat sieht eine Erhöhung der Bürgersteuer von 250 auf 300 Prozent, Festsetzung der seinerzeit auf Verlangen des Preiskommissars ermäßigten Gas- und Strompreise auf den alten Satz und weitere Einschränkung der Fürsorgeleistungen, besonders auf dem Gebiete der Mietunterstützungen vor. Auch die Verringerung der Ausgaben auf dem Gebiet der Krankenhausverpflegung in Fürsorgefällen, eine Zusammenlegung von Kinderheimen, Einschränkung von Leistungen auf dem Gebiet der freiwilligen Fürsorge, besonders der Jugendpflege, und die Zusammenlegung der beiden Gewerbeschulen zu einem einheitlichen Schulsystem ist vorgesehen. Trotz aller Ersparnisse und neuer Belastungen der Bürgerschaft ist ein Etatausgleich nicht möglich. Es bleibt ein offener Fehlbetrag von 1 860 000 Mark bestehen, zu dessen Deckung weitere Vorschläge nicht gemacht werden können.

Der Stadtrat hat die Verantwortung für den Voranschlag im Hinblick auf die neuen Belastungen der Bürgerschaft abgelehnt. Der Oberbürgermeister wird den Voranschlag von sich aus in Kraft setzen. Es bleibt abzuwarten, ob das Ministerium den Voranschlag unbeanstandet lassen wird.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. B. 1 und 5

Donerstag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, Zusammenkunft (Singstunde) im Gambrinus. Alles hat zu erscheinen.

J. B. 2

Freitag abend 19.30 Uhr Uebungsabend in der Hebelschule. Wichtig! Die Straßenobleute sorgen für restloses Erscheinen.

J. B. 3 Oststadt

Freitag abend 8.30 Uhr Versammlung im Lokal „Bernhardushof“. Vollzähliges Erscheinen Pflicht.

Bezirk Rintheim

Freitag, den 22. Juli, abends halb 9 Uhr, im „Hirsch“ wichtige Versammlung.

B.B. 8

Donnerstag, 21. Juli, 7 Uhr: Beteiligung an der öffentlichen Versammlung im „Hirsch“. Erscheinen aller Kameraden Pflicht.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Feuilleton, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Eiselé. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Aus aller Welt

Abermals Felssturz im Moseltal

In der Nähe des Wolfer Klosters bei dem Moselort Groev stürzte wiederum ein Felsblock, diesmal von etwa 1000 Kubikmeter Inhalt, zu Tal. Die Bruchstelle war bereits seit einigen Wochen in Bewegung. Es hat sich bis jetzt ein Spalt von 80 Zentimeter Breite und 90 Meter Länge gebildet, so daß weitere Felsstürze zu erwarten sind.

68 Löwen von Kapitän Schneider im Straßburger Bahnhof

Straßburg, 19. Juli. Im Straßburger Güterbahnhof lagert seit zwei Tagen ein Transport von 68 Löwen, zwei Tigern und einem Leoparden, die dem bekannten in Konkurs geratenen deutschen Zirkus Schneider gehören. Die Tiere, die in fünf großen Wagen zusammengepfercht sind, kamen von Bordeaux und sollten über Kehl nach der Tschechoslowakei befördert werden. Sie sind in Straßburg liegen geblieben, da Zollschwierigkeiten entstanden sind. In der Nacht zum Sonntag ist einer der Löwen eingegangen. Die zu erledigende Zollsumme soll sich auf 80 000 Franken belaufen.

Fischertod

An der Ostseeküste bei dem pommerschen Dorf Rowe kenterte ein Fischerboot in schwerer Brandung. Die Insassen, drei junge Fischer, fanden den Tod in den Wellen. Das Unglück wurde vom Ufer aus beobachtet; Hilfeleistung war unmöglich.

Das Todeskarussell

Bei einem Schützenfest in Otterndorf bei Bremen verunglückte ein 16jähriges Mädchen bei einer Karussellfahrt tödlich; das Mädchen hatte sich an einer blanken Stange, die plötzlich mit der Stromleitung in Verbindung kam, festgehalten.

Missionar ermordet

Der amerikanische Missionar Henson und seine drei Söhne wurden während einer Reise durch die chinesische Provinz Schensi von Banditen ermordet.

Glückliche Heimkehr!

Am Montag landete auf dem Flugplatz Berlin-Tempelhof die Ostasienfliegerin Marga von Etzdorf. Die Pilotin war elf Monate mit ihrem Flugzeug im Fernen Osten. Die Rückkehr von Siam nach Europa erfolgte mit einer holländischen Maschine. Die Rückreise dauerte 8 Tage.

10 Todesopfer eines Flugzeugabsturzes in den Cordilleren

WTB. **Valparaiso**, 19. Juli. Das Flugzeug **„San José“ der** Panamerikanischen Flugverkehrsgesellschaft, das am Samstag auf dem Wege von Santiago de Chile nach Buenos Aires verschollen war, ist in der Nähe der einsam gelegenen chilenischen Farm Santa Rosa im Las Condas-Tal völlig zerstört **im Schnee begraben aufgefunden** worden. Alle **zehn Insassen sind tot.** Man nimmt an, daß die Maschine gegen einen Sturm in den Cordilleren anzukämpfen hatte und daß sie von der Last der Schneemassen niedergedrückt wurde. Die Maschine dürfte, als der Pilot nach einem geeigneten Landungsplatz suchte, auf den Boden aufgeprallt und dabei völlig zerstört worden sein.

Der Zollbeamte Stief von einem Schmuggler erschossen

Düsseldorf, 19. Juli. Der Zollbeamte Stief von der Zollstelle Auwel, der gestern in der Nähe von Straelen tot aufgefunden wurde, ist, wie sich jetzt herausstellt, von dem 60 Jahre alten Berufsschmuggler Franz Koppers, der mit fünfzehn Jahren Zuchthaus vorbestraft ist, erschossen worden. Der Mörder ist flüchtig.

Der Anschlag auf Luther vor Gericht

CNB. **Berlin**, 19. Juli. Vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute vormittag der Prozeß gegen den 59 Jahre alten **Rechtsanwalt Rosen** und den 34jährigen Volkswirtschaftler **Kertscher**, die am 9. April ds. Js. auf dem Potsdamer Bahnhof einen **Revolveranschlag** auf den **Reichsbankpräsidenten Dr. Luther** verübten.

Bei der Vernehmung der Angeklagten gab **Dr. Rosen** eine ausführliche Schilderung seines recht bewegten Lebens. Er wurde in Buenos-Aires geboren, besuchte in Wandsbeck bei Hamburg das Gymnasium, wurde Referendar am Kammergericht und Assessor beim Oberlandesgericht in Hamburg. Zum Doktor promovierte er in Heidelberg und ließ sich dann in Hamburg als Anwalt nieder. 1908 übersiedelte er nach Berlin. Politische Gründe oder Hintergründe für ihr Vorgehen existierten nicht. Bei der Ausarbeitung des Währungsprogramms habe er sich mit Werner Kertscher angefreundet. Ueber die Tat selbst machte er trotz einiger Hinweise des Vorsitzenden **keine näheren Angaben.**

Nach seiner Rückkehr aus London hielt sich Rosen in der Hauptsache in München auf,

schloß sich den Nationalsozialisten an und wurde Mitglied des Bundes Nationalsozialistischer Juristen und des Bundes Nationalsozialistischer Landwirte.

In diese Zeit fällt seine Bekanntschaft mit Kertscher. „Ich habe“, erklärte Dr. Rosen, „meine Aufgabe darin gesehen, den Nationalsozialisten ein Finanzprogramm vorzulegen, das die Lösung der deutschen Wirtschaftsnöte ermöglichen sollte. Als wir, Kretscher und ich, uns davon überzeugt hatten, daß wir kein Verständnis zu finden vermochten, traten wir **aus der Partei am 19. Oktober 1931 aus“.**

Die Vernehmung des zweiten Angeklagten, **Werner Kertscher**, beschränkte sich auf die Feststellung seines Bildungsganges.

Nach der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses stellte dann Dr. Rosen den Antrag, ihn sofort aus der Haft zu entlassen. Die Tat selbst sei ein **kanariengelber Unsinn**, die kein Mensch verstanden habe, und das sei gerade der **Zweck gewesen**, um diese Verhandlung zu erreichen.

Reichsbankpräsident Dr. **Luther** erklärte, daß für ihn der Tatbestand so liege, daß ein Mann, der mit seinen Ansichten nicht durchgedrungen sei, **zur Waffe greife**, um auf einen hohen Beamten zu schießen, nur um eine Gerichtsverhandlung herbeizuführen, in der er seine Ansichten verbreiten könne. Dazu seien die **ordentlichen Wege** da. Wenn diese nicht zum Ziele führten, hätte man eben als Staatsbürger zu verzichten.

Da bei diesen Ausführungen im Zuhörerraum gelacht wurde, drohte der Vorsitzende die Räumung an.

Das Gericht beriet sodann über die Zulassung der Beweisanträge und einen neuerlichen Haftentlassungsantrag und beschloß, die **Vollstreckung der Verhaftung** vorläufig zunächst bis morgen auszusetzen, um den Angeklagten Gelegenheit zu geben, ihre Beweisanträge vorzubereiten.

Strafanträge im Devaheim-Prozeß

CNB. **Berlin**, 19. Juli. **Im Devaheim-Prozeß stellte heute nach vierstündigem Plaidoyer der Staatsanwalt folgende Strafanträge:**

Gegen Pastor Cremers wegen fortgesetzter Untreue drei Jahre Gefängnis;

gegen Clausen wegen fortgesetzter Untreue drei Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung;

gegen Generaldirektor Wilhelm Jeppel wegen fortgesetzter Untreue, Betrugs in zwei Fällen, Urkundenfälschung und Bilanzverschleierung zwei Jahre sechs Monate Gefängnis;

gegen Ernst Wilhelm Cremers wegen fortgesetzter Untreue und Betrugs acht Monate Gefängnis;

gegen Paul Jeppel vier Monate Gefängnis und

gegen Kocks drei Monate Gefängnis;

während er bei Pfarrer Müller Freispruch mangels Beweises beantragte.

Aus dem Gerichtssaal

Das Patengeschenk der Lieferfirma

Bestechungsprozeß vor der Ferienstrafkammer.

fm. **Karlsruhe**, 15. Juli. Vor der Karlsruher Ferienstrafkammer (Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Böhringer) hatte sich heute der Reichsbahninspektor Georg Rügamer von hier wegen Bestechung zu verantworten. Das Schöffengericht hatte am 27. April R. wegen Bestechung im Sinne des § 331 des Strafgesetzbuches zu 500 RM. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte sich von 1926 bis 1931 als Abteilungsleiter beim Stoffbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe, wo ihm die Vergebung und Abnahme von Lieferungen oblag, von zwei Mannheimer Lieferfirmen (Hommelwerke und Gummiwerke) bzw. deren Prokuristen Zechen bezahlen und für seinen Sohn Patengeschenke in Höhe von 500 RM. geben lassen. Diese 500 RM. wurden durch das Urteil des Schöffengerichts dem Staate für verfallen erklärt. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. In der heutigen Berufungsverhandlung vor der Ferienstrafkammer plädierte der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Diebold, auf Freisprechung.

Nach längerer Beratung verkündete das Berufungsgericht folgendes Urteil: Auf die Berufung des Angeklagten R. wird das Urteil des Schöffengerichts vom 27. April ds. Js. aufgehoben: der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen § 331 zu einer Geldstrafe von 200 Mark, ersatzweise 20 Tagen Gefängnis verurteilt. In den Urteilsgründen führte der Vorsitzende u. a. aus: Was die Einladungen anlangt, so bezogen sie sich zweifellos auf die Amtshandlungen des Angeklagten, die er bei den betreffenden Firmen vorgenommen hat. Es steht fest, daß die Auslagen der Vertreter der Firmen verrechnet worden sind auf ihre Spesen. Der Angeklagte hatte selbst Bedenken geäußert, ob er derartige Einladungen annehmen dürfe: er hätte die Pflicht gehabt, im Zweifelsfalle sich an seine Vorgesetzten zu wenden und zu fragen, ob derartige Zuwendungen erlaubt sind. Bezüglich der angenommenen Einladungen hat er sich nach § 331 schuldig gemacht. Was die Patengeschenke anlangt, so hat sich das Berufungsgericht nicht voll davon überzeugen können, daß hier in subjektiver Hinsicht das Vergehen nach § 331 nachzuweisen ist. Objektiv liegt zweifellos wieder ein Geschenkgeben für Amtshandlungen vor. Es bestanden beim Gericht Zweifel darüber, ob dem Angeklagten bekannt war, daß diese Geschenke von der Firma stammten und nicht vielmehr vom Vertreter der Firma, mit dem er damals in freundschaftlichen Beziehungen stand, so daß immerhin das Gericht Zweifel hegte, ob sich der Angeklagte bewußt war, daß die Geschenke von der Firma stammten. Aus diesen Gründen hielt das Gericht eine mildere Strafe für angebracht, da bezüglich der Patengeschenke eine Schuld des Angeklagten nicht nachzuweisen ist. Strafmildernd wurde berücksichtigt, daß der Angeklagte ein außerordentlich tüchtiger Beamter ist, der sich in keiner Weise, auch nicht auf Grund der Annahme der Einladungen zu irgendwelchen Inkorrektheiten hat hinreißen lassen und auch **bei seinen Vorgesetzten als pflichttreuer Beamter gilt.** Erschwerend wurde berücksichtigt die fortgesetzte Begehungsweise des Angeklagten, vor allem, nachdem der Erlaß ergangen war, woraus er hätte ersehen können, daß seine vorgesetzte Behörde ein solches Geschenkannehmen aufs schwerste verurteilt. Es war auch zu berücksichtigen, daß die Beamtenschaft sich sauber halten muß von einer derart unsauberen Handlungsweise. In gewissem Sinne ist der Angeklagte ein Opfer einer Geschäftsüblichkeit geworden bei dem Freihalten, wie es hier vorgekommen ist. Von einer Verfallerklärung der 500 RM. hat das Berufungsgericht abgesehen.

*

Schöffengericht Karlsruhe

DJ. **Karlsruhe**, 19. Juli. Wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung verurteilte das Schöffengericht den 36 Jahre alten Ratschreiber J. H. aus Oberweier (bei Ettlingen) zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte als Hilfsbeamter des Grundbuchamtes Oberweier rund 170 ℳ zu viel erhobene Gebühren unterschlagen und Justizgefällrechnungen der Justizkasse Ettlingen, um die Unterschlagungen zu verdecken, verbrannt.

Jugend

Groß-Karlsruhe

Mittwoch: SAJ.-Falken: Kampfabend im Nest.

SSG.: Mittwoch, 20 Uhr. Gen. Stern spricht über „Sozialismus und Weltanschauung“.

Donnerstag: Groß-Karlsruhe: Ab 18.30 Uhr Bücherausgabe im Volksfreund.

Gruppe Rüppurr: Wir treffen uns um 20 Uhr am Rüppurrer Schloß.

Gruppe Mühlburg: Gruppenabend in der Hardtschule.

Freitag: Spielmannszug: Uebung im Volksfreund.

Sonntag: Achtung Werbekolonne: Wir treffen uns um ¾6 Uhr am Marktplatz mit Rädern.

Kinderfreunde Karlsruhe

Gruppe Ost und Rintheim: Rote und Jungfalken. Mittwoch von 5 bis 7 Uhr Zusammenkunft in Rintheim, Modellierzimmer (Polizei). Wir machen am Sonntag eine Zeltwanderung. Näheres Mittwoch.

Gruppe Süd: Mittwoch 5—7 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim.

Gruppe West: Mittwoch 5—7 Uhr Zusammenkunft in der Gutenbergschule. Bei schönem Wetter gehen wir auf den Freien Turnerschaftsplatz. Am Sonntag machen wir die Zeltwanderung. Jedes bringt am Mittwoch 30 Pfg. mit. Wir gehen ganz bestimmt.

Gruppe Daxlanden: Rote Falken: Zusammenkunft Samstags 5—7 Uhr in der Zuflucht. Jungfalken: Zusammenkunft Mittwochs 3—5 Uhr in der Zuflucht. Am Sonntag gehen wir mit dem Zelt fort. Treffpunkt usw. wird am Mittwoch bekanntgegeben.

Gruppe Rüppurr: Samstags 3—5 Uhr Zusammenkunft im Kindergarten.

Helfer: Freitag 8 Uhr Sitzung Ritterstraße 7.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 15. Juli: Sofie Wehrbecher, 69 Jahre alt, ohne Beruf, ledig (Muggensturm). — 16. Juli: Helene, 3 Monate, 2 Tage alt, Vater Isidor Klumpp, Vorarbeiter (Weisenbach). — 18. Juli: Gertrud Commandeur, Ehefrau von Theodor Commandeur, 61 Jahre alt, Bankdirektor (Bochum-Grieben). — 19. Juli: Hermann Hurrle, 58 Jahre alt, Mechaniker (Karlsruhe). Beerdigung am 21. Juli, 14.30 Uhr. Anna Balzer, 52 Jahre alt, Ehefrau von Anton Balzer, Werkmeister (Malsch).

Kleine bad. Chronik

Tödlicher Verkehrsunfall

* **Aus dem Murgtal,** 19. Juli. Am Sonntag nachmittag fuhr beim Bahnhof Friedrichstal—Eisenwerk der Motorradfahrer Ernst Schmelzle von Baiersbronn so heftig gegen einen Randstein, daß er kurze Zeit nach seiner Ueberführung ins hiesige Krankenhaus verschied. Die Ermittlungen über die Schuldfrage sind im Gange.

Brände

* **Säckingen,** 19. Juli. Das Anwesen der Witwe Ferdinand Eckert in Herrischried wurde durch Feuer vollständig vernichtet. Es konnte so gut wie nichts gerettet werden, da das Feuer in den frühen Morgenstunden ausbrach, als alle Bewohner im festen Schlafe lagen. Alle Anzeichen deuten auf Brandstiftung hin.

* **Schluchsee,** 19. Juli. Im Schluchsee-Gebiet treibt seit einigen Monaten ein Brandstifter sein Unwesen. In der Nacht zum Montag ist der dritte zur Gemeinde Schluchsee gehörende Schwarzwaldhof vollständig eingeäschert worden. Der Rotenhof, ein im Fischbachtal gelegener stattlicher Bauernhof, der der Gemeinde Schluchsee gehört und an den Landwirt Albert Wunderle verpachtet ist, wurde diesesmal das Opfer.

*

* **Säckingen,** 19. Juli. **Während der Beichte bestohlen.** Im Säckinger Münster wurde eine Kirchgängerin aus Wehr, während sie beichtete, bestohlen. Sie ließ ihren Geldbeutel auf der Bank liegen, der 32 Mark enthielt.

* **Münzesheim** (Amt Bretten), 19. Juli. **Jäher Tod.** Bezirksfeuerlöschinspektor Albert Ammann aus Bretten wurde am Schlusse einer Probe der hiesigen Löschmannschaft vom Schlag getroffen, der nach einigen Stunden den Tod herbeiführte. Der Verstorbene war langjähriger Kommandant der Brettener Feuerwehr und Besitzer großer Sägewerke.

* **Bruchsal,** 19. Juli. **Ein Gedenktag.** Am 21. Juli sind 100 Jahre vergangen, seit die letzte Bewohnerin des Bruchsaler Schlosses, die Markgräfin Amalie von Baden, im Alter von 78 Jahren verschieden ist.

* **Rotenfels** (Amt Rastatt), 19. Juli. **(Selbstmord infolge wirtschaftlicher Not.** Der Arbeitslose Heizer Martin Kretz hat sich im Kanal ertränkt. Wirtschaftliche Not dürfte den 47 Jahre alten Mann in den Tod getrieben haben. Die Leiche konnte geborgen werden.

* **Bühl,** 20. Juli. **Kurhaus Sand unter dem Hammer.** Heute Mittwoch kommt das Kurhaus Sand zur Zwangsversteigerung. Hauptgläubigerin ist die Städtische Sparkasse Bühl. Das Kurhaus Sand zählte vor dem Kriege im Besitz von Herrn F. A. Maier zu den wohlrennomiertesten und bestfrequentiertesten des ganzen Höhengebiets.

Gewerkschaftliches

Die Streiklage in Belgien

Brüssel, 19. Juli. (Eig. Draht.) Während in der **Eisen- und Metallindustrie** die Arbeit bereits wieder **aufgenommen** wurde, dauert der Kampf in zwei **wichtigen Kohlenrevieren noch fort.** Im Revier von Charleroi ist der Streik auch in den Kohlengruben beendet. Aber im Revier des Zentrums hat eine Delegiertenversammlung der Bergarbeiter erneut Forderungen aufgestellt. Sie verlangen eine Erhöhung aller Löhne, die 40 Franken (3.90 Mark) am Tage nicht überschreiten, und zwar 10 Prozent Erhöhung bei Löhnen bis zu 25 Franken (2.44 Mark), 7½ Prozent bei Löhnen von 25—30 Franken (2.92 Mark), und 5 Prozent Erhöhung bei Löhnen von 30—40 Franken am Tage.

Die Abstimmung der Bergleute im Revier Borinage ergab ebenfalls eine gewaltige Mehrheit für die Fortsetzung des Streikes, um die gleichen Forderungen, die die Bergarbeiter des Zentrumsreviers aufgestellt haben. 127 Delegierte hatten Auftrag, für die Fortsetzung des Streikes einzutreten, nur 17 stimmten für Wiederaufnahme der Arbeit. Unter diesen Umständen hat die Leitung des Bergarbeiterverbandes neuerdings die **Einberufung der paritätischen Kohlenkommission** beantragt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Die Kommission tritt am Mittwoch in Brüssel zusammen.

*

Bei der Autoreparaturwerkstatt Paul Staiger in Stuttgart haben neu angedrohte Lohnkürzungen zu Differenzen geführt, in deren Verlauf die gesamte Belegschaft von der Firma ausgesperrt wurde. Alle Autoreparateure werden ersucht, die Firma zu meiden und ihren Kollegen nicht in den Rücken zu fallen.

Partei-Nachrichten

Rundfunkgebührenfreiheit für Arbeitslose!

Der sozialdemokratische Vertreter im Verwaltungsrat der Reichspost, der Abgeordnete Dr. Hertz hat seit Jahren die Befreiung aller Arbeitslosen von der Rundfunkgebühr gefordert. Zuletzt auf der Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Bundes referierte er über seine Bestrebungen, die in einer Resolution und einem offenen Brief gipfelten, die im letzten Heft des „Volksfunk" abgedruckt waren. Die sozialdemokratische Arbeit hat Erfolg gehabt! Das neueste Heft des Volksfunk, Nr. 29, berichtet ausführlich darüber. Es enthält u. a. das vorgeschriebene Formular, auf dem die Arbeitslosen den Antrag auf Gebührenbefreiung stellen müssen. Außer diesem wichtigsten Beitrag zeigt der Volksfunk in Wort und Bild zwei Ozeanüberquerer, den „Do. X" und einen kühnen Faltbootfahrer, der auf diesem leichten Gefährt den Atlantik passierte. Jenseits des großen Teiches führt uns der Volksfunk auf die Spuren des Wanderers und Arbeiterdichters Traven in Mexiko und im Süden — mit dem Volksfunk kann man vielerlei Reisen machen — für nur 25 Pfg. — zum Rundfunk in Palästina. Aus dem Badeleben plaudert ein indiskretes Tagebuchblatt mit Photos. Neben der Volksfunk-Wochenschau werden Sommermoden vorgeführt und für den Bastler der Selbstbau eines Mikrophons beschrieben.

Der Volksfunk mit ausführlichem Europa-Programm, Vorschau, Rückschau, Einführungen, kleinen Sendungen, medizinischem Ratgeber, Küchenzettel und noch vielem anderem kann für monatlich 96 Pfg. bei jeder Postanstalt oder Buchhandlung bestellt werden. Kostenlose Probehefte fordert man vom Volksfunk-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Soziale Rundschau

Die Stellenlosigkeit im technischen Beruf

Ueber die Stellenlosigkeit im technischen Beruf veröffentlicht der Bund der technischen Angestellten und Beamten eine überaus aufschlußreiche Statistik auf Grund einer Erhebung vom 1. Juli d. J. Danach waren von den Mitgliedern des Butab zu diesem Zeitpunkt 16 862, das sind fast 33 Prozent, ohne Stellung. Davon standen in einem Lebensalter bis zu 20 Jahren 268, von 20 bis 25 Jahren 2448, von 25 bis 30 Jahren 3893, von 30 bis 35 Jahren 3051, von 35 bis 40 Jahren 1995, von 40 bis 45 Jahren 1617, von 45 bis 50 Jahren 1448, von 50 bis 55 Jahren 1045, von 55 bis 60 Jahren 666, über 60 Jahren 366. Es ergibt sich daraus die bemerkenswerte Tatsache, daß weit über die Hälfte, nämlich 58 Prozent der Stellenlosen, den jüngeren Jahrgängen (bis zu 35 Jahren) angehören. Offenbar wirkt sich hier der Schutz des Gesetzes über die Fristen für die Kündigung von Angestellten und des Betriebsrätegesetzes zu Gunsten der älteren Techniker aus.

Ein überaus trauriges Bild ergibt auch die Untersuchung nach der Dauer der Stellenlosigkeit. Bis zu 1 Jahr waren ohne Stellung 10 405, bis 2 Jahre 4599, bis zu 3 Jahren 1529, bis zu 4 Jahren 192, bis zu 5 Jahren 50 und über 5 Jahre 87 (davon 13 über 8 Jahre). Von den Jahrgängen über 35 Jahren waren 711 seit 2 bis 3 Jahren, 151 seit 3 bis 4 Jahren, und 42 seit 4 bis 5 Jahren stellenlos.

An Umfang und Dauer der Stellenlosigkeit stehen die technischen Angestellten also an der Spitze aller größeren Angestelltengruppen.

Wohnungsbau und Miete

Mieter, Gewerbetreibende, Kleinhausbesitzer!

Die **Sozialdemokraten** forderten im Reichstag:

Arbeitsbeschaffung durch Wohnungsbau, Siedlung und Hausreparaturen.

Sämtliche bürgerlichen Parteien lehnten die Forderungen im Wohnungsausschuß ab.

Bau von Kleinwohnungen, um den Wohnungslosen ein Heim zu geben.

Die bürgerlichen Parteien lehnten die Forderung ab, die Reichsregierung verhinderte den Wohnungsbau durch Entzug der Hauszinssteuermittel hierfür.

Lebensfähige Siedlungen im Umfang mindesten einer Ackernahrung

In unzureichendem Maße (49 000) sind sie erstellt worden. Sonst hat man sich mit Anliegersiedlungen, Fabrikarbeiter- und Nebenberufssiedlungen sowie Stadtrandsiedlungen beholfen, die nur Notbehelfe sind.

Entlastung der Kleinhaus- und Eigenheimbesitzer von der Hauszinssteuer und anderen Lasten. Gewährung von Beihilfen zur Hausreparatur

Die Auflösung des Reichstages verhinderte die Stellungnahme hierzu.

Bodenreform, Beschaffung oder Enteignung von Boden,

der unter Ausschluß von Spekulationsgewinn für Wohnungs-, Siedlungs- und Straßenbau verwendet werden könnte. Die Sozialdemokraten brachten im Reichstag den Wohnheimstätten- und Städtebaugesetzentwurf ein. In vielen Sitzungen nahm der Wohnungsausschuß des Reichstages hierzu zustimmend Stellung. Die zweite Lesung des Entwurfs war nahezu beendet, da wurde durch die Reichstagsauflösung die wertvolle Arbeit jäh zerstört.

Ausschließliche Verwendung der Hauszinssteuer für den Kleinwohnungsbau

Durch Notverordnungen wurden diese Mittel fast restlos dem Wohnungsbau entzogen und zugunsten der Großhausbesitzer und für die Länder und Gemeinden verwendet, die Wohnungsnot gesteigert.

Prämienanleihe für Mittelbeschaffung zum Wohnungsbau

Im Wohnungsausschuß lehnten alle bürgerlichen Parteien den Antrag ab. Die Brüning-Regierung nahm sie mit Zustimmung des Reichstages in das Ermächtigungsgesetz auf, die Regierung der Freiherren und Barone hat sie nicht aufgelegt. Nazi, Deutschnationale und Kommunisten stimmten im Reichtag gegen die Prämienanleihe.

Senkung der Alt- und Neubaumieten

Ein spezialisierter sozialdemokratischer Antrag auf Senkung der Neubaumieten und Umschuldung der hochverzinslichen Hypotheken wurde im Wohnungsausschuß des Reichstages mit Mehrheit angenommen. Der Reichstag selbst nahm dazu nicht Stellung, die Auflösung hinderte ihn daran.

Aufhebung der Drosselung des Mieterschutzes

Anträge, den durch Notverordnung zugunsten der Hausbesitzer den Mietern entzogenen Schutz wieder herzustellen, lehnten alle bürgerlichen Parteien im Wohnungsausschuß des Reichstages ab.

Schaffung eines sozialen Mietrechts mit Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege

Der Entwurf eines solchen Gesetzes ist durch die Reichsregierung dem Reichstag noch nicht vorgelegt worden, obgleich der Mieterschutz in allen seinen Teilen am 1. April 1933 aufgehoben werden soll und durch Länderverordnungen im wesentlichen nur noch auf Kleinwohnungen beschränkt worden ist.

Alle Forderungen müssen im neuen Reichstag neu eingebracht und mit Nachdruck vertreten werden.

Mieter, Gewerbetreibende und Kleinhausbesitzer, helft der Sozialdemokratie, die Forderungen durchzusetzen, euer Heim und euren Betrieb zu sichern, den Wohnungslosen Obdach zu verschaffen, die Mieter zu schützen.

Wählt Sozialdemokraten!

Stürzt die Regierung der Freiherren und Barone!

Heraus mit den Abzeichen

Ein Kampf von bisher unbekannter Schärfe wird in den nächsten Wochen entbrennen. In diesem Kampf müßt ihr eure Farben zeigen.

Jeder Republikaner

trägt das Abzeichen „Die 3 Pfeile", das Symbol der Geschlossenheit und Kampfbereitschaft.

Volkswirtschaft

Rekordernte 1932

Eine Schätzung des Statistischen Reichsamtes über den Ausfall der bevorstehenden Ernte nach dem Stande zu Anfang Juli kommt zu dem Ergebnis, daß bei allen Getreidearten ein höherer Ernteertrag als im Vorjahr zu erwarten ist. Damit kommt Deutschland dem Ziel der „Selbstversorgung" mit Getreide wieder ein bedeutendes Stück näher, schneller und vielleicht mit Auswirkungen auf die Preisbildung, wie es sich die Autarkiefreunde in der Landwirtschaft nicht vorgestellt haben. Die Kaufkraft der Industriebevölkerung wird damit immer mehr zum alleinbestimmenden Faktor für die Preisbildung bei landwirtschaftlichen Produkten.

Die Erträge je Hektar werden voraussichtlich allgemein über dem Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1930 und bedeutend über den Erträgen des Jahres 1931 liegen. So rechnet das Statistische Reichsamt damit, daß der Hektarertrag bei Winterroggen von 15,4 Doppelzentner im Jahre 1931 auf 17,9 Doppelzentner im Jahre 1932 steigen wird, bei Winterweizen von 19,5 auf 22, bei Sommerweizen von 19,9 auf 21,4 Doppelzentner.

Die deutsche Gesamternte wird nach der Schätzung von 20,3 auf 22,4 Millionen Tonnen steigen. Die Roggenernte des Jahres 1932 wird auf 7,95 Millionen Tonnen gegen 6,7 Millionen Tonnen im Jahre 1931 geschätzt, die Weizenernte auf 4,99 gegen 4,23 Millionen Tonnen; auch für Gerste rechnet man mit einer Steigerung von 3,0 auf 3,2 Millionen Tonnen; für Hafer mit einer Steigerung von 6,2 auf 6,3 Millionen Tonnen. Bei den beiden Hauptgetreidearten, Roggen und Weizen, wird also mit einer Ernte steigerung um nicht weniger als 20 Prozent gerechnet.

Wacht der Einzelhandel auf?

Die Umsätze fallen

Die Folgen des **Lohnabbaues,** der **Rentenkürzung** und der bald **Verringerung der Arbeitslosenunterstützung** fangen an, sich in unheimlicher Gewalt auszuwirken. Das Konjunkturforschungsinstitut muß feststellen, daß die

„Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Verbrauchsgütern im bisherigen Umfang nicht mehr aufrecht erhalten werden kann".

Die Rückgänge der wertmäßigen Umsätze werden also durch mengenmäßige Rückgänge ergänzt. Vor allem wird dadurch die Belastung der Verbrauchsgüterindustrien unterbunden. Hart muß die Entwicklung auch den Einzelhandel treffen.

Als die ersten Lohnkürzungen einsetzten, stellte sich in der Folgewirkung im Einzelhandel heraus, daß die wertmäßigen Umsätze fielen, die mengenmäßigen Umsätze aber gehalten werden konnten. Das hing einmal damit zusammen, daß der Einkommensrückgang durch Preissenkungen zum Teil ausgeglichen werden konnte. Weiter verbürgte die Arbeitslosenunterstützung ein bestimmtes Umsatzgebiet. Im übrigen wanderte das Publikum bei seinen Einkäufen von besseren zu schlechteren Qualitäten ab. Damit hängt u. a. die Abwanderung von der Maßarbeit zur Konfektion zusammen. Für das ganze Jahr 1931 ist wohl festzustellen, daß die mengenmäßigen Umsätze nicht besonders sanken. Das verbürgte einen bestimmten Beschäftigungsgrad im Einzelhandel und in der Verbrauchsgüterindustrie.

Mit dem fortschreitenden Lohnabbau und mit der Kürzung der Renten und der Arbeitslosenunterstützung haben sich die oben erwähnten Voraussetzungen radikal geändert. Das Konjunkturforschungsinstitut muß darauf verweisen, daß mit der

Verminderung der Arbeitslosenunterstützung ganze Käuferschichten einfach ausfallen.

Sie sind nicht mehr in der Lage, auch die schlechteren Qualitäten zu kaufen. Außerdem ist ja die Abwanderung zu schlechteren Qualitäten, auch für Käuferschichten, die mehr als ein Arbeitslosenunterstützungseinkommen haben, nicht mehr möglich, da in den meisten Fällen die schlechteste Qualität schon erreicht ist. Im übrigen hat sich der Preisabbau, der noch im vorigen Jahr unter Einwirkung der Reigerung Brüning in Erscheinung trat, verlangsamt. Auf den meisten Gebieten ist er zum Stillstand gekommen. Für wichtige Waren ist sogar mit einer Preiserhöhung zu rechnen.

Der mengenmäßige Umsatzrückgang

ist im abgelaufenen Jahr stark in Erscheinung getreten, naturgemäß im Bekleidungshandel stärker als im Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln. Im deutschen Einzelhandel ging die Umsatzmenge an Nahrungs- und Genußmitteln im Mai 1932 nach Feststellung des Konjunkturforschungsinstituts um 7,3 Prozent gegenüber Mai 1931 zurück. Im Bekleidungseinzelhandel beträgt der Umsatzrückgang, immer die Menge genommen, sogar 14,4 Prozent.

Der Einzelhandel und Zweige der Verbrauchsgüterindustrie bedeutet damit einer

beispiellosen Krisenverschärfung gegenüber.

Gerade im Einzelhandel sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß er es mit dem Lohnabbau nicht eilig genug hatte, daß die Kampagne der Schwer- und Großindustrie gegen die Gewerkschaften und die „Marxisten" vielfach mitmachte und

daß viele seiner Vertreter in der Nationalsozialistischen Partei sitzen, mit deren Hilfe die Kaufkraftzerstörung der letzten Jahre erst durchgeführt werden konnte.

Es wird Zeit, daß sich gerade der Einzelhandel darauf besinnt, daß er zu jenen Parteien gehört, die den breiten Massen einen auskömmlichen **Lohn** sichern wollen. Dann gibt es auch wieder Umsätze im Einzelhandel, die Gewinn abwerfen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Druckverteilung hat sich auch heute nicht wesentlich geändert. Unverändert liegt der hohe Druck auf dem Ostatlantik, der sich über der Ostsee, so daß wir uns in maritimer Luft am Rande des hohen Druckes befinden.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 21. Juli 1932: Im weiteren Fortdauer der bestehenden mäßig warmen Witterung.

Auskünfte der Redaktion

100 Elgersweier. Die sozialdemokratische Fraktion hat geschlossen gegen die Abfindung gestimmt.

A. W. Der Sonderzug nach Badenweiler wird erst von Freiburg ab geführt. Es sind Karten in Freiburg erhältlich.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

20. Juli.

1832 †Satiriker Karl Julius Weber. — 1847 *Maler Max Liebermann. — 1870 †Augenarzt Albrecht v. Gräfe. — 1908 †Sozialdemokrat Franz Josef Erhart. — 1917 Finnischer Landtag beschließt Unabhängigkeit Finnlands. — 1928 China hebt alle ungleichen Staatsverträge auf.

Sie haben Geld ..... gehabt

(Etwas von einigen Rasse-Karlsruhern.)

Von jeher war Karlsruhe eigentlich immer die Stadt der Gegensätze, ich glaube auch, daß niemand das Gegenteil zu behaupten wagt. Schon ihre ganze Lage besitzt dieselben. Die allergrößten zeigen momentan doch ihre Bewohner.

Als es langsam Frühling wurde und jeden Tag die Sonne schöner und wärmer über der Stadt erschien und die Bewohner dieselbe liebäugelten und sie anblinzelten, da atmeten alle auf. In aller Eile lernten die Lehrer die Kinder Frühlingslieder, sogar die ABC-Schützen blieben nicht davon verschont. Und in der Gesangsstunde da wurde gesungen, daß die Wände zitterten und der Lehrer war recht zuversichtlich über seinen Erfolg, denn er meinte, die Eltern hören nun, daß ihre jungen Sprößlinge langsam „kultiviert" werden würden, denn auch er hatte sich immer gefreut, wenn seine Kinder so schön singen gelernt hatten und mit einem neuen Lied nach Hause kamen. Hier zeigen sich aber die Gegensätze. Kaum war die Singstunde aus, da sangen die Jungen keine Frühlingslieder mehr, sondern einer stimmte an „Im weißen Rößl am Wolfgangsee" und die andern fielen ein „da steht das Glück vor der Tür".

Das ist noch nicht alles. Nein! Es lebt in der Stadt eine gewisse Branche Menschen, denen die hellen, schönen Tage nicht immer gerade angenehm sind. Sie sahen sie manchesmaal ganz verhängnisvoll an. Ich meine die Schirmbranche. Ja und mir begegnete eine Frau, die hat so ein Geschäft daheim und verkauft Schirme und Stöcke und was eben so drum und dran längt und diese sagte mir, daß es immer für sie ganz wunderbare Minuten seien, wenn sie sehe, daß der Himmel sich mit einem Gewitter überziehe. Viele sind ja der Meinung, daß der moderne Herr keinen Schirm mehr zum Ausgehen benötige. Ich habe etwas anderes neulich feststellen müssen, denn da wurde ein ganz „Moderner" einmal ganz gründlich eingeseift und seiner Braut oder was es gewesen sein kann, ich sage das eben, weil man gewöhnlich verlobt ist, wenn man „der Arm" durch die Kaiserstraße spazziert, lief eine ganz sonderbare Farbe das Gesicht herunter, ging es nicht besser. Also, das war ein Anblick für Götter. An denen hätte die Frau aus der Schirmbranche sich weiden können.

Es liegt etwas Wunderbares in der Zeit. Ich glaube es sind noch keine 20 Jahre her, da war man auf einen Sonnenschirm noch furchtbar scharf und wer einen hatte, der war furchtbar stolz, denn damals war nämlich die Sonne absolut noch nicht gesund und wenn eine Dame auf dem Maskenball erschien und braun gebrannt war, dann war sie eben einfach untendurch und in diesen 20 Jahren ist die Sonne gesund geworden, hat neulich ein alter Mann konstatiert und festgestellt.

*

Das große Lied, das die Jägerhütchenzeit im Banne hielt, ist fast ganz verklungen. Das war doch einmal die große Mode in der Landeshauptstadt gewesen. Noch deutlich erinnere ich mich, als Kind und Kegel im vergangenen Jahre einfach mitmußten, um am Sonntagnachmittag so um die Zeit der Dämmerung auf der Kaiserstraße zu sein. Dort wurde das neue Hütchen nämlich regelmäßig produziert, wie es auch in den großen Kaffees niemals abgenommen werden durfte. Das war immer ein Kampf, wenn man ausgehen wollte. Und das war darum immer so schlimm, erstens, daß die Hauptbummelzeit nicht verpaßt werden durfte und zweitens, daß man immer noch recht jung und hübsch und anziehend erschien. Es mußten immer 7 oder 8 Jahre der Jugend noch herausgeschunden werden.

„Herr" und „Herrin" liefen die Kaiserstraße bald runter, bald rauf. Sie, die Holde, fühlte sich wie ein Pfau und er lächelte ganz süßsauer. Plötzlich hatte es begonnen zu regnen und wie! Da gab es keine Rettung mehr, um sich vor demselben zu schützen. Und das Hütchen? Na, das wurde eben geformt und geeicht nach allen denkbar möglich und unmöglichen Formen. Aehnlich ging es dem Federchen mit seiner undefinierbaren Abstammung. Träumend wackelte es auf dem Hütchen hin und her und manchesmal tropfte und fiel ein dicker Tropfen herab. Er schimpfte, denn ein Hut für 35 Mark ist doch eine zu teuere Sache.

Aber immerhin: damals konnte man noch solche Hütchen kaufen, denn man hatte noch Geld . . . gehabt. W. S.

Helft den Krebskranken!

Ueber die Bedeutung der ersten Anzeichen des Krebses

Es ist längst auch in Laienkreisen bekannt, daß Verhärtungen, Knotenbildungen, sowie Geschwüre, die langsam zunehmen, geeignet sind, Krebsverdacht zu erwecken, namentlich wenn sie nicht schmerzen; daß ferner hinter länger anhaltenden Verdauungsstörungen, chronischen Katarrhen der Luftwege, Magen-, Darm-, Harn- und unregelmäßigen Gebärmutterblutungen, übelriechenden Absonderungen verschiedenster Art, hartnäckigen Schwellungen der Knochen oder Weichteile usw. das heimtückische Leiden verborgen sein kann. Auch eine Abmagerung ohne ersichtlichen Grund muß zur Vorsicht mahnen.

Aber diese Anzeichen beweisen noch garnichts und sollen nur den Betroffenen bewegen, den Arzt zu befragen, der allein die Entscheidung fällen kann, welche Erkrankung vorliegt. Schon die Schwierigkeit der Diagnose läßt es als **unmöglich** erscheinen, daß **nicht ärztlich vorgebildete** Berater imstande sind, die Krebsdiagnose richtig zu stellen. Viele Kranke werden sonst sinnlos mit der Behauptung erschreckt, daß bei ihnen das gefürchtete Leiden vorliegt, während bei anderen wiederum eine harmlose Erkrankung angenommen wird, bis jede Hilfe zu spät kommt. Die Zahl der Fälle, in denen sich dies ereignet, ist größer, als man denkt und trotz aller Aufklärung eher in Zunahme als in Abnahme begriffen.

Außerordentlich bedauerlich ist es, daß häufig alle möglichen Quacksalbereien versucht werden, ehe man sich entschließt, eine ernsthafte Behandlung einleiten zu lassen. Als solche kommt bisher, das kann nicht scharf genug betont werden, nur Operation oder Bestrahlung in Frage.

Leider werden infolge der Not der Zeit viele Kranke aus ökonomischen Rücksichten von der Inanspruchnahme des Arztes zurückgehalten. Hier ist ein außerordentlich wichtiger Angriffspunkt für die Hilfstätigkeit des badischen Landesverbands für Krebsbekämpfung. Sein Ziel ist es, zu bewirken, daß kein Krebskranker oder dieses Leidens Verdächtiger durch seine Mittellosigkeit behindert wird, rechtzeitig Rettung zu suchen. Ein großer Teil der Mittel des Landesverbands dient diesem segensreichen, menschenfreundlichen Zwecke. Die dem Landesverband gewidmeten Spenden sind daher gut angewandt und schon die Sorge für das eigene Wohl sollte jeden veranlassen, sein Scherflein beizutragen, da niemand wissen kann, ob er nicht selbst einmal die Hilfe des Landesverbands benötigt.

Nazis schlagen auf wehrlose Kinder ein

Der Führer berichtete freudestrahlend, daß es sich erfreulicherweise nicht bewahrheitet habe, daß am Sonntag in Königsbach ein Hitlerianer von roten Arbeitersportlern erschlagen worden sei. Wir fügten hinzu, daß der Führer vergessen habe, daß in Königsbach ein **Arbeitersportler von einem Nazi bewußtlos geschlagen worden sei.** Unser Pforzheimer Parteiorgan, die Freie Presse, berichtet nun über das Wüten der braunen Blutpest in Königsbach u. a.:

Zu den Vorfällen am Sonntagnachmittag in **Königsbach** erhalten wir von Augenzeugen folgende wahrheitsgetreuen Schilderungen:

Die Nazis schlagen wehrlose Kinder.

Als gegen 7 Uhr abends ein Trupp Kinderfreunde, Rote Falken, die am Bezirks-Kinder-Turnfest in Königsbach teilgenommenn hatten, sich unter Führung der Helfer an den Bahnhof begeben hatten und nun vor der Sperre warteten, lief aus Pforzheim der Zug nach Karlsruhe ein, in welchem ein Trupp Nazis vom Pforzheimer Treffen nach Hause fuhr. Kaum war der Zug eingefahren, da begannen die Nationalsozialisten in der unverschämtesten Weise zu provozieren und mit Steinen nach den Kindern zu werfen. Ehe man sichs versah, war eine Schlägerei im Gange, bei der der Bezirkssportwart Veit-Karlsruhe und der Landtagsabgeordnete Kurz-Grötzingen mit Steinen blutig geworfen wurden, so daß sie schwere Verletzungen am Kopf davontrugen. Vom Zuge her

stürmte ein Trupp Nazis auf die Kinder los, schnallte die Koppel und Schulterriemen ab und vergriff sich in der brutalsten Weise an den wehrlosen, schwachen Kindern, von denen einzelne aufs roheste mißhandelt wurden.

Auf schnellstem Wege wurde dann von Augenzeugen die im „Grünen Hof" rastende Schufo des Reichsbanners, die gerade mit ihrem Lastauto fortfahren wollte, alarmiert. Im Sturmschritt liefen die Schufoleute den nationalsozialistischen Rohlingen entgegen, die dann sofort die **Flucht ergriffen** und in die umliegenden Häuser flüchteten. Soweit sie noch erreicht werden konnten, bekamen sie teilweise eine ordentliche Abreibung für ihr Verbrechen an den wehrlosen Kindern. Unter dem Schutz der Gendarmeriebeamten, von denen zwei anwesend waren, konnten die nationalsozialistischen Rohlinge sich zurückziehen.

Ein Beitrag zur Verhetzung der Schuljugend

In einer hiesigen Schule war den Schülern eines 6. Schuljahres die Aufgabe gestellt worden, aus den Wörtern „der Tod" und „der Tote" einige Sätze zu bilden. Einer der Schüler löste die Aufgabe wie folgt:

„Ein Nationalsozialist wurde des Nachts von vielen Kommunisten überfallen. Er wurde tödlich verwundet. Die Kommunisten gingen in Todesangst davon. Der Mann lag tot auf der Straße. Am andern Morgen kam er in seiner Wohnung auf das Totenbett. Er bekam vom Totengräber sein Totengrab gegraben. Die Kommunisten bekamen die verdiente Todesstrafe."

Es packt einem Entsetzen, wenn man sieht, welche Verwirrung die nationalsozialistische Haßpropaganda und ihre planmäßige Mordhetze schon in jugendlichen Gemütern hervorgerufen hat. Der Lehrer scheint nicht zu wissen, daß die Nazibewegung mindestens ebenso viele Morde auf dem Gewissen hat, wie die kommunistische Partei. — Diesem Volkserzieher gefiel aber der Aufsatz ausgezeichnet, denn er hat ihn mit der Note „Inhalt gut" zensiert. -er

Oeffentliche Wahlversammlungen

Wahlkundgebung in Rüppurr

Die Partei zusammen mit der Eisernen Front veranstalten am kommenden Samstag, 23. Juli, 20.5 Uhr, im Eichhornsaal eine große Wahlkundgebung. Redner ist Genosse Redakteur Lohmann aus Pforzheim. Der Arbeitergesangverein wirkt mit. Jeder einzelne hat die Pflicht für starken Besuch der Kundgebung besorgt zu sein.

Bezirk Mühlburg

Donnerstag, 21. Juli, öffentliche Wählerversammlung im Hirschsaal, 8 Uhr abends. Thema: „Papen regiert — Hitler toleriert". Referent: Reichstagskandidat Gen. Lohmann-Pforzheim.

Genossen, sorgt dafür, daß auch außenstehende Leute in die Versammlung kommen. Werbt für einen guten Besuch.

Aus Organisationen und Vereinen

Tierschutzverein Hauptversammlung

Vergangenen Samstag hielt der Tierschutzverein Karlsruhe e. V. im Restaurant „Zur Fliegerklause" seine **Hauptversammlung** ab, wozu sich allerdings eine nicht allzu große, aber offensichtlich um so treuere Anhängerschaft dieser idealen Sache eingefunden hatte. Vor Eingang in die Tagesordnung sprach der 1. Vorsitzende, Herr Direktor Dr. Eberbach, allgemeines über Tierpflege. Er hob vor allem hervor, daß man sich nicht nur der eigenen Tiere, also der Lieblingstiere annehmen solle, sondern, daß es auch wichtig sei, die Tiere überall zu beschützen, wo man mit ihnen zusammentrifft und sie unserer Hilfe bedürfen. Zum Zeichen der Trauer für die im letzten Jahre verstorbenen Vereinsmitglieder und um dieser ehrend zu gedenken, erhoben sich die Anwesenden.

Der Verein zählt 670 Mitglieder. Es wurden über 100 Vergehen gegen Tiere gemeldet. 25 Fälle wurden der Polizei angezeigt. Vor allem warnt man davor, Kindern Tiere als Spielzeug zu übergeben, da sie von ihnen oft mehr geplagt werden, als von älteren Personen, die man doch normalerweise als vernünftig genug halten sollte. In einigen von dem Verein bearbeiteten Fällen wurden Erfolge erzielt. Man beließ es entweder bei einer Verwarnung oder erstattete schlimmstenfalls Anzeige bei der Polizei. Bei dieser Gelegenheit sollen die Anmelder auch gebeten werden, jeweils ihren Namen anzugeben. Verschwiegenheit bleibt aber Ehrensache des Vereins. Dies ist deshalb notwendig, weil der Name zu eventuellen Rückfragen oder Aufklärung von Irrtümern seitens des Meldenden benötigt wird. Der Verein verlangt weiter beim Schächten vorherige Betäubung des zu schächtenden Tieres. An einer gesetzlichen Regelung für ihn wichtiger Dinge ist ihm besonders sehr gelegen. Weiter bedarf das Katzenwürgen größter Aufmerksamkeit. Dabei rügte der Redner besonders auch das unnötige Katzenhetzen beim Waidwerk und betonte mit aller Entschiedenheit, daß diese Art Jagd eines Jägers unwürdig sei und auf Nachdrücklichste bekämpft werden muß. Zum andern wird von den Behörden verlangt, kleine Wanderzirkusse nicht mehr zuzulassen, weil die Tiere hier meistens der Gefahr des Verhungerns ausgesetzt sind. Zur Bekämpfung der Tierquälerei werden endlich noch höhere Strafen als bisher gefordert. Für den Bau eines Tierheimes ist durch Sammlungen und Spenden die Summe erreicht worden, ohne daß man jedoch einen Zuschuß seitens der Stadtverwaltung erhalten hätte. Der Platz des liebevoll angelegten Tierheimes, dessen Besichtigung sehr befriedigte, bildet Raum genug zu Erweiterungen, wenn das nötige Pulver aufliegt. Die Finanzlage des Vereins, über die Hauptlehrer Brandt Bericht erstattete, erweist sich als gesund. Den Verantwortlichen wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der aufopfernden Tätigkeit von Frau Oberregierungsrat Geiling und Fräulein Ott gedachte man hauptsächlich. Den bisherigen Vorstand beauftragte man ob seiner ausgezeichnet gelungenen verflossenen Führung ohne Widerspruch wieder. Die Tierheimkommission wird vom Vorstand ernannt. Die bisherigen Rechnungsprüfer bleiben im Amt. Die von der Versammlung abzuwickelnden Geschäfte nahmen einen musterhaften Verlauf. —pf.

*

(:) **Ein großes Meteor niedergegangen.** Gestern früh gegen 3.30 Uhr wurde über Unterbaden und der Pfalz ein riesiges Meteor wahrgenommen, das am dunklen Nachthimmel außerordentliche Helligkeit und ein Grollen verursachte. Nach Berichten von Augenzeugen war der Himmel im Augenblick des Niedergehens taghell erleuchtet.

(:) **50jähriges Berufsjubiläum.** Herr Bauschlosser Julius Krebs kann sein 50jähriges Berufsjubiläum als Bauschlosser feiern. Der Jubilar ist nicht nur als ein tüchtiger Vertreter seines Berufes bekannt, sondern er ließ sich auch angelegen sein, sich den verschiedensten Organisationen und Einrichtungen seiner Branche anzunehmen. So ist er Mitglied der Bauarbeiterschutzkommission, Lehrlingsprüfungskommission und im Metallarbeiterverband Sektionsleiter der Bauschlosser. Möge der Jubilar noch manche Jahre in seinem Berufe, an dem er mit ganzem Herzen hängt, tätig sein können.

(:) **Konzertsängerin Hilde Paulus singt am Mittwoch im Stadtgarten.** Die Mittwoch-Nachmittagskonzerte erfreuen sich beim hiesigen Stadtgartenpublikum einer immer steigenderen Beliebtheit, eine Tatsache, die sich am besten durch die immer mehr zunehmende Besucherzahl dieser Konzerte erhärtet. Diese Musikfreunde wird es nun ganz besonders freuen zu hören, daß unsere einheimische Künstlerin und Sängerin, Fräulein Hilde Paulus, zur Mitwirkung beim Mittwoch-Nachmittags-Streichkonzert des Philharmonischen Orchesters gewonnen wurde. Fräulein Hilde Paulus bringt Lieder von Hugo Wolf, „Der Fischer", und von Schubert „Der Erlkönig", in der von ihr gewohnten Virtuosität zum Vortrag. Die Darbietungen dieser hervorragenden Sängerin werden auch am Mittwochnachmittag ihre Anziehungskraft auf das Stadtgartenpublikum nicht verfehlen.

(:) **Der Arbeitsausschuß für Bildungsmaßnahmen der Karlsruher Notgemeinschaft** veranstaltet zum Abschluß seiner Sommerarbeit am **Freitag, den 22. Juli 1932, 20 Uhr, im neuen Studentenhaus, Parkring 7,** wieder einen **„Heiteren Theaterabend"** für die Karlsruher Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger bei **freiem Eintritt.** Die unter Leitung von Herrn **Kurt Amerbacher** stehende **Theatergruppe,** die mit dem ersten Abend einen vollen Erfolg erzielte, garantiert auch diesmal wieder für einige fröhliche und vergnügte Stunden, die unsere von der Not der Zeit besonders schwer betroffenen Volksgenossen aufheitern sollen. Zur Aufführung kommt diesmal ein überaus heiterer, an urkomischen Situationen reicher Schwank-Schlager, in 3 Akten: **„Meine Frau, die Gesellschafterin,"** von S. Philippi, der gewiß den Beifall der Zuhörer finden und sie unbeschwert unterhalten wird, ohne Anspruch auf besondere literarische Wertung machen zu wollen. Für die musikalische Ausgestaltung des Abends hat sich liebnswürdigerweise der **Harmonika-Spielring Karlsruhe** unter Leitung von Herrn **Karl Baumgärtner** zur Verfügung gestellt, dessen allerorts berühmte künstlerische Darbietungen auch hier freudigen Widerhall finden werden. Zutritt zu diesem Abend haben ausschließlich **Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger. Eintrittspreise** kommen beim **Arbeits- und Fürsorgeamt** sowie in den **Kursen des Arbeitsausschusses** kostenlos zur Verteilung.

(:) **Der Kneipverein Karlsruhe** hielt kürzlich seine ordnungsgemäße **Hauptversammlung** ab. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die angesetzten botanischen Ausflüge besonderen Anklang fanden. Sehr beifällig wurde die Mitteilung aufgenommen, daß auf Anregung des Vereins besondere Vergünstigungen für Mitglieder der Kneipp-Vereine beim Besuch von Kneipp-Kurorten (Bad Wörishofen, Neuburg a. S., Freiburg i. Br., Gaggenau u. a.) erwirkt wurden durch Preisermäßigungen hinsichtlich der Kurtaxe, Benutzung der Bäder, Arzthonorare u. a. m. Der Verein verfügt über eine reichhaltige Bibliothek, deren rege Benutzung den Mitgliedern empfohlen wird; man wende sich an Herrn Max Leimbach, Herrenstraße 1. Der Verein wird jetzt in das Vereinsregister eingetragen werden.

Grünwinkel

Oeffentl. Versammlung des Bezirks Grünwinkel — Gartenstadt — Albsiedlung.

Die gut besuchte öffentliche Wählerversammlung in der Wirtschaft zur „Albsiedelung" nahm einen sehr interessanten Verlauf. Nach der Begrüßung durch den Bezirksführer Gen. Spachholz nahm der Referent des Abends, Gen. Pfarrer Löw, zu seinem Referat „Die Rettung des Christentums durch das Kabinett v. Papen" das Wort. Die Ausführungen des Genossen Pfarrer Löw kennzeichneten treffend die Waffenbrüderschaft der Hitler und Papenheimer.

Reicher Beifall belohnte den Referenten Gen. Pfarrer Löw für seine vortrefflichen Ausführungen.

Die Diskussion ergab die vollständige Einmütigkeit in dem Kampfeswillen, den Faschismus und seine Trabanten am 31. Juli vernichtend zu schlagen. Nach dem Absingen des Freiheitsliedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" schloß Gen. Spachholz mit Dankesworten an den Referenten und an die Teilnehmer und mit einem dreifachen „Freiheit" die harmonisch verlaufene Versammlung.

Wasserstand des Rheins

Basel 234, gest. 2; Waldshut 427, gest. 9; Schusterinsel 307, gest. 5; Kehl 440, gef. 10; Maxau 640, gef. 2; Mannheim 652, gef. 17 Cm.

Die Polizei berichtet:

Tödlicher Verkehrsunfall

Gestern abend kurz vor 8 Uhr wurde das 3jährige Söhnchen des Mechanikers Storf aus der Südstadt in der Ettlinger Allee von dem Personenkraftwagen eines Pforzheimer Fabrikanten überfahren und sofort getötet. Das Kind, dessen Mutter in einem naheliegenden Garten beschäftigt war, war in einem unbewachten Augenblick über die Straße gesprungen, als gerade das Auto dahergefahren kam. Ob dem Kraftfahrer eine Schuld beizumessen ist, wird die gerichtliche Untersuchung ergeben; der Kraftwagen wurde zunächst polizeilich sichergestellt.

Ein weiterer **schwerer Verkehrsunfall** ereignete sich in vergangener Nacht um ½2 Uhr Ecke Kaiser- und Karlstraße. Ein Motorradfahrer, der nach Zeugenaussagen eine Geschwindigkeit von etwa 70 Stundenkilometer hatte, raste in östlicher Richtung durch die Kaiserstraße und fuhr in voller Fahrt auf einen Lastkraftwagen mit Anhänger, der gerade die Straße von Norden nach Süden überquerte. Während der Motorradfahrer unverletzt davonkam, wurde sein Soziusfahrer, ein verheirateter Polsterer von hier, vom Fahrzeug geschleudert und vom Anhänger des Lastwagens überfahren. Mit schweren Verletzungen, die sein Aufkommen bezweifeln lassen, wurde der Unglückliche ins Städtische Krankenhaus eingeliefert. Der Motorradfahrer, der nach einwandfreier Feststellung unter Alkoholeinfluß stand, wurde der Kriminalpolizei übergeben, die ihn in Haft nahm.

Gestern nachmittag wollte ein 7jähriges Mädchen in der Waldstraße von dem westlichen auf den östlichen Gehweg springen und wurde dabei von einer Kraftdroschke erfaßt und zu Boden geworfen. Das Kind wurde mit verschiedenen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert; Lebensgefahr besteht nicht. Nach Zeugenaussagen dürfte den Kraftfahrer keine Schuld treffen.

Ein Kommunist und ein Nationalsozialist

wurden festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert, weil sie gestern abend auf dem Stephansplatz aus politischen Beweggründen mit Fahrrädern auf einander einschlugen und sich dabei gegenseitig verletzten.

Ferner wurden drei Nationalsozialisten als Täter bei einer Schlägerei, die sich vergangene Nacht Ecke Kaiser- und Karlstraße abspielte, festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert. Sie hatten zusammen mit mehreren Gesinnungsgenossen einige politische Gegner angegriffen und mißhandelt. Beim Erscheinen der Polizei waren sie auf den Speicher und in den Hof eines benachbarten Hauses geflüchtet, wo sie von den Beamten gefaßt werden konnten. Während der polizeilichen Aktion am Tatort erschien eine Abteilung von etwa 40 Nationalsozialisten, die vermutlich herbeigerufen worden waren. Auf die energische Aufforderung der Polizei hin zogen sie sich zurück, ohne daß es zu Weiterungen kam.

Kurz nach Mitternacht hatten die Vorgänge ein Nachspiel auf dem Ludwigsplatz. Hier wurden einige Nationalsozialisten von politischen Gegnern überfallen, konnten sich jedoch in einem Hause in Sicherheit bringen. Der Ludwigsplatz mußte polizeilich geräumt werden.

Bulach

Silberne Hochzeit. Genosse Leopold Noe und seine treue Lebensgefährtin können in voller Rüstigkeit das Fest der silbernen Hochzeit begehen. Genosse Noe betätigte sich stets auf dem Boden der sozialistischen Bewegung und wir wünschen ihm und seiner Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche und ein Glückauf zum goldenen Ehejubiläum.

Achtung! Bezirksführer der SPD.

Wir machen unsere Bezirksführer nochmals darauf aufmerksam, daß durch Beschluß des erweiterten Vorstandes den Bezirksführern die Durchführung der Wahlagitation und Wahlarbeiten im allgemeinen übertragen worden ist.

Zu diesen Arbeiten kommt noch hinzu, eine gesteigerte Agitation für unser Parteiorgan den Volksfreund zu entfalten.

Die Organisierung der Flaggenfrage

in den Bezirken ist ebenfalls eine Aufgabe der sich die Bezirksführer zu unterziehen haben.

Steigerung der Aktivität in der letzten Woche vor dem Wahlsonntag

Alle die in der erweiterten Vorstandssitzung besprochenen Maßnahmen sind in der letzten Woche vor der Wahl durchzuführen. In Verbindung und mit Einsatz aller Kräfte der Kameraden der Eisernen Front müssen diese Arbeiten geleistet werden.

Es gibt kein Zurückstehen! Alle Reserven heraus zum Kampf!
Der Faschismus muß geschlagen werden.

Fahnen heraus! Fahnen heraus!

Wichtig! Bezirksführer! Wichtig!

Die Bezirksführer werden dringend gebeten, an den Vorsitzenden sofort die Zahl der Lokale aufzugeben, deren Inhaber es gestatten, die von unserer Parteiorganisation herausgegebenen Plakate auszuhängen. Die anzugebende Zahl erstreckt sich nur auf den einzelnen Parteibezirk.

Achtung! Im Laufe des Donnerstag und Freitag können alsdann die Plakate im Parteisekretariat, Waldstraße abgeholt werden.

Auch die Vorstände der Parteiorganisation der Orte Hagsfeld, Knielingen sowie Welsch- und Teutschneureut werden gebeten, uns die Zahl der Lokale ihrer Orte anzugeben und den Empfang der Plakate zu bewerkstelligen.

Diese Maßnahmen des Vorstandes ersuchen wir prompt zu erfüllen.

Der Vorstand.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spielmannszug. Heute abend Probe aller Spielleute. Es geht nicht nach B.

Veranstaltungen

Vortrag Dr. vom Brocke-Naturheilverfahren. Man schreibt uns: Am Mittwoch und Donnerstag finden nachmittags und abends im Friedrichshof hochinteressante Vorträge über die außergewöhnlichen Heilerfolge mit Dr. Neuhäußers billigem Naturheilverfahren statt. Anschließend an den lehrreichen Vortrag, der die Beseitigung verschiedener Leiden und Beschwerden sehr ausführlich behandelt, werden Fragen des Publikums beantwortet und Ratschläge erteilt.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Arbeiterwohlfahrt

Die Genossinnen aller Bezirke werden betr. örtlicher Erholungsfürsorge gebeten, am Donnerstag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, in die Nähstube, Karl-Friedrichstr. 22, zu kommen.

Lichtspielhäuser

Zukünftige Ereignisse!

Unter dieser Devise findet, wie uns geschrieben wird, am Freitag, den 22. Juli, nachmittags 5 Uhr und abends ½9 Uhr in dem Gloria-Palast, nach dem großen Erfolge den diese Vorstellungen hatten, in Wiederholung eine große astrologische Sonderveranstaltung statt, die von vornherein das Interesse weiter Kreise gewiß sein darf. Erich Wiesel ist heute unter den ernsten, wissenschaftlich vorgebildeten Astrologen kein Unbekannter mehr und als Herausgeber der Zeitschrift der „Zukunfts-Kurier" ein über ganz Deutschland gern gelesener Schriftsteller, und es ist erfreulich, wenn er in Verbindung verschiedener recht interessanten Sternen- und Planetenfilmen all das aus der Stille seines Studierzimmers in die große Welt hinausträgt, was heute viele Tausende bewegt und interessiert. In dem durch zahlreiche Lichtbilder ergänzten großen Demonstrationsvortrag werden nicht nur die Horoskope von v. Papen, Adolf Hitler, Thälmann, Hugenberg, von Hindenburg, Mussolini, General von Schleicher, Stalin usw. gezeigt und erläutert, sondern es wird auch an der Hand astrologischer Wissenschaft ein Ausblick auf die nächste Zukunft Deutschlands, Europa und der anderen Erdteile gehalten. Die Veranstaltung, die selbstverständlich von keiner Partei ausgeht und keiner Partei dient, fand in allen Großstädten Massenandrang des Publikums, begeisterte Besucher und Anerkennung der Presse, es empfiehlt sich daher, die Karten im Vorverkauf zu beziehen. (Vorverkauf Zigarrenhaus Mehle, am Marktplatz.)

Die Residenz-Lichtspiele, Waldstraße 30,

bringen ein neues Tonfilm-Lustspiel: „Der Hochtour ist" mit Otto Wallburg zum erstenmal in der Titelrolle. Der Stoff selbst ist alterprobt und hat den deutschen Bühnen recht oft ausgezeichnete Geschäfte gebracht. Im Film wirkt er stärker, weil die alpine Welt, die im Theater immer Hintergrund bleiben muß, jetzt majestätisch, imponierend, großartig mitspielt. Ueberhaupt macht das Milieu diesmal vielleicht die Hauptsache aus. Das Drum und Dran allein wirkt schon imposant, so daß es eigentlich zu verwundern ist, daß die rein darstellerische Leistung trotzdem noch zu so starker, nachhaltiger Wirkung kommt. Otto Wallburg, der beliebteste deutsche Komiker, ist in diesem Film in jeder Szene im wahren Sinne des Wortes auf der Höhe. Zum erstenmal schwingt sich das leichte Kind der Tonfilmkunst, das Lustspiel, zu den lichten Höhen der Berge, die diesmal einen kostbaren Quell nie versiegender Heiterkeit sind. Es versäume daher niemand, sich das reizende Ufa-Tonfilm-Lustspiel anzusehen. Im Vorprogramm wird außer der neuesten Ufa-Ton-Wochenschau u. a. der entzückende Ufa-Ton-Kulturfilm „Tiere als häusliche Freunde" gezeigt.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet

Karlsruhe.

FTK., Sportler. Morgen im Training Startkartenausgabe. 9 Uhr Sitzung der Kampfrichter und des Sportlerausschusses im Vereinsheim. 3810

Deutscher Freidenkerverband, Ortsgr. Karlsruhe. Samstag abend, ½8 Uhr, im Volkshaus, Schützenstr., **wichtige Mitgl.-Versammlung.**

Versichern Sie Ihre Gesundheit um wenige Pfennig täglich mit den berühmten Mineralbrunnen
Imnauer Apollo-Sprudel
Remstal-Sprudel
Beinstein
Fragen Sie nach den weit herabgesetzten Preisen.
Brauerei Hch. Fels G. m. b. H., Kriegsstraße 115, Tel. 7276/77; Anton Hanauer, Mineralwasserfabrik, Goethestraße 29, Tel. 2704; G. Kranich, Badische Chabesofabrik, Marienstraße 48, Tel. 3182. 636

Während des Saison-Schluß-Verkaufs (16.—30. Juli) Junker & Ruh-Gasherde von RM. 80.- an im Spezial-Geschäft bei Karl Haug Karlstraße Nr. 28 3803

Badisches Landestheater
Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus
Mittwoch, 20. Juli
Gräfin Mariza
Operette von Julius Brammer und Alfred Grünwald
Musik von Emmerich Kálmán
Dirigent: Zilzer
Regie: Reißner
Mitwirkende: Bauer, Toriff, Macher, Löser, Eberl, Schnitzer, Meßner, Schwarz, Kratzer, Schönthaler, Hellmuth, H. Rivinius, J. Sonntag 880
Do. 21. 7. Die Dollarprinzessin. Fr. 22. 7. Gräfin Mariza. Sa. 23. 7. Zum ersten Mal: Die Geisha. So. 24. 7. Die Dollarprinzessin.

Sie sehen sich doch im Saison-Schluß-Verkauf vom 16.—30. Juli auch die schönen und billigen Herren-Stoffe bei Krause in der Waldstr. (neb. der Beamtenbank) an? 3804
Je 3.20 Mtr. für Anzug Mk. 20.- 25.- 30.-

Wer läßt Anzug anfertigen? gegen Kleiderschrank. Macherlohn 30 Mk. Angebote unter M 1330 an den Volksfrd

Unterricht i. Violine, Mandoline, Laute, Gitarre. Mayer, Klauprechtstraße 30 II. M1323

Aelteres Fräulein sucht leichte schriftliche Beschäftigung. Stunde 30 ₰. Gefl. Ang. unt. 3782 an den Volksfrd.

Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe.
Oeffentliche Zahlungserinnerung.
(Mahnung.) 3796
Die Arbeitgeber haben satzungsgemäß die Beiträge für den abgelaufenen Monat für die Versicherungspflichtigen stets in der Zeit vom 4. bis 15. des folgenden Monats am Kassenschalter einzuzahlen. Diejenigen Schuldner, welche mit der Zahlung für den abgelaufenen Monat im Verzug sind, werden hiermit aufgefordert, längstens innerhalb 8 Tagen Zahlung zu leisten, andernfalls ohne Weiteres die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden müßte. Eine Abholung der Beiträge findet nicht mehr statt.
An diejenigen Arbeitgeber, welche die Beiträge auf Grund des bezahlten Lohnes innerhalb 3 Tagen nach jeder Lohnzahlung abzuführen haben und mit der Zahlung ebenfalls im Verzug sind, ergeht die gleiche Zahlungserinnerung.
Karlsruhe, den 20. Juli 1932.
Der Kassenvorstand.

Habe meine Praxis von Bahnhofstraße 9 nach Kaiserstraße 140 (neben Moninger) verlegt. Sprechstunden: 8½—12½ und von 2½—6½ Uhr. Telefon 2476 3807
Walther Hermsdorf
Amerikan. Zahnarzt — Kassenbehandlung.

Der Blitz am Mittwoch 3801
Im Saison-Schluß-Verkauf
Hauskleider Druckmuster schier unverwüstlich Serie II 1.20 Serie I -.90
Damen-Pullover mit Spitzenstoffgarnitur in Modefarben 1.-
BURCHARD

Per 1. August sind umständehalber 2 Zwei-Zimmerwohnungen im 1. u. 4. Stock in der Morgenstr. 55 zu vermieten. Zu erfr. im Hof oder Tel. 4272.

Sonnige 3-Zimmer-Wohnung, Veranda, Bad, 1. St. sofort od. später zu verm. Näheres Diakonissenstraße 12.

Möbl. Zimmer mit 1 oder 2 Betten sofort zu verm. (Küchenbenutz.). Markgrafenstr. 40, 1 l.

Wer kauft Silberpapier? Offerten unter B 1329 an den Volksfreund.

Fabelhaft schöne Wohnküche Elfenbein lackiert nur RM 240.-
Dieses neue Modell trägt bestimmt dem verwöhntesten Geschmack Rechnung. Diese Küche ist erstklassig lackiert. Das Büfett ist 160 cm breit und hat folgende Inneneinricht.: 1 Kaffeemühle, 1 Porzellangarnitur, 1 Glasflaschengarnitur, 1 Löffelgarnitur, 1 Wellholz, 1 Merktafel, 1 Deckelhalter 1 Eieruhr, 1 Kühlraum, 1 Brotkasten, 1 Besteckkasten etc. Hierzu gehört 1 Tisch 2 Stühle, 1 Hocker. Die Küche hat eine wundervolle Form und werden Sie bestimmt sagen, daß solche erstaunlich billig ist. Geben Sie uns Ihre alte Küche in Zahlung, und zahlen Sie den Rest bequem in Raten. 3805
Möbelhaus MarxKahn Waldstraße 22 (neben Colosseum)

Saison-Schluß-Verkauf
Alles für's Kind:
Kinderkleid Dirndelform, mit Puffärmel, in schönen praktischen Farben . . . . . Größe 60-90 2.90
Kinderspielanzug aus Waschpopeline, mit Spieltasche in zarten Farben 1.45
Sporthemd für Knaben, in hellen Pastellfarb. od. gemust. ca. 10-14 J. 1.95 ca. 5—9 J. 1.45 bis 4 J. 95 ₰
Mädchen-Nachthemd weiß od. farbig Batist, Größe 60-70 75 ₰
Knaben-Schürze mit hübscher Spieltasche, Größe 40-55 38 ₰
Bade-Anzug mit gemustertem Oberteil, teils reine Wolle für jedes Alter . . . . . 95 ₰
Kindersöckchen mit festsitzendem Wollrand bis ca. 12 Jahre 48 ₰ bis ca. 4 Jahr. 35 ₰
Hemdhose für Knaben, ägyptisch Mako, alle Größen . . 88 ₰
Pullover ohne Arm, reine Wolle, mit eingesticktem Motiv bis ca. 12 Jahr 1.75 . . . . . bis ca. 4 Jahr 1.45
Auf Extratischen im Erdgeschoß
Ein großer Posten Kinderschuhe
nur unsere bekannten guten Qualitäten

	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
je nach Größe	1.90	2.90	3.90	4.90

In den erlaubten Abteilungen auf alle nicht herabgesetzte Waren 10% Rabatt
HERMANN TIETZ KARLSRUHE 800

Küchen v. 99 M, Büfett 75 M Fürniß, Zähringerstraße 77 hinter Geschw. Knopf.

Aus Imkerei 1000 ℔ echt. Tannen-Honig billig zu verkaufen

Selbsthersteller von Zigarren in der Preislage von 6 bis 20 Pfg. per Stück, sucht ein gut erhaltenes oder neues Herren-Fahrrad gegen Zigarren einzutauschen W. Holderer, Weingarten i. B., Wilzstraße.

10% auf sämtliche Polstermöbel bis 31. Juli Polstermöbelh. R. Köhler, Schützenstr. 25 Telefon 4419 3803

Infolge eines Rangierstoßes habe ich frische Bruch-Eier solange der Vorrat reicht mit 4 Pfg. das Stück abzugeben. (Geschirr mitbringen.) E. Spielmann, Eiergroßhandlung, Scherrstraße 10a Telefon 5888

Zu verkaufen: 1 Gehrock 5.-, 1 Cutawahanz 14.-, 1 Frack m. W. a. S. geard. 15.-, (all. nahezu neu), 1 Sam. Hellampe M 9.-, 1 Kinderbett m. M. u. Ausschl. 18.-, 2gr. Bild je 2.50 (einger.), 1 Hochfreq. Heilap. (Anschaff.-Preis 150.-) 55.-. Franz-Abt-Straße 8

Malerarbeiten! Küchen von 8 M an mit Oelfarbsockel, Zimmer von 15 M an mit Tapeten. Zu erfr. unt. H1334 im Volksf.

Schwarzw. Kirschenwasser per Liter 3.30 zu verkaufen. Ang. unt. Nr. 3799 a. d. Volksfrd.

Sehr gut erhaltener Leiterwagen besond. für Einspänner geeign. sowie ein Kinder-Lieg- und Sitzwagen billig zu verkaufen. R. Lehmann, Blankenloch, Eggensteiner Straße 56. L1333

Nähmaschine Elektr. Zuglampe 2 Gasherde, verkauft Staab, Herrenstr. 6.

Kleiner, schwarzer Spitzer, 2 Jahre alt, wachsam, billig zu verk. Konrad Lenzinger, Durlach, Jägerstr. 32.

Bei m städ. Wasenmeister, Schlachthausstraße 17, befinden sich folgende Fundhunde: 3 Schäferhunde, 2 m. u. 1 w. 1 Rottweiler m. 1 Fox m. 1 Boxer w. 1 Dobermann m. Nicht innerhalb drei Tagen vom Eigentümer abgeholte Hunde werden getötet bzw. versteigert. 881
Karlsruhe, 19. Juli 32
Städt. Schlacht- und Viehhofamt.

Besichtige jeder die Schaufenster der Volksfreund-Buchhandlung in der Waldstraße

Küchen in großer Auswahl
Besonders schön ausgefallene Modelle in praktischer Einteilung. Staunend billige Preise! Es lohnt sich, meine Ausstellung in 3 Fenstern zu besichtigen. 3806
Möbel-Gondorf 2 Erbprinzenstr. 2 neben Pianohaus Schweisgut